

Ostland

Verlagstrat Elbing
Eing. 13. FEB. 1932.

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bin. Charlottenburg 2

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 30 Pf., u. 5 Pf. Postgebühren. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeitbreite 1,30 M.

Nr. 7. | Berlin, 12. Februar 1932. | 13. Jahrg.

Inhalt: 2. 10: Litauischer Putsch im Memelgebiet. (2. 7): Militärische Bedeutung der litauischen Selbstverwaltung. 2. 10: Bevölkerungsverhältnisse in Polen und Rumänien. (2. 7): Polen, Litauen und die Weimarer. — Was entscheidet für Litauen. (2. 10) Litauen zwischen Litauen und Polen. 2. 7: Litauen als Wirtschaftsmittel. Der Vertrag mit Litauen. — Die Weimarer und der Vertrag mit Litauen. Die politische Lage Litauens. — Politische Situation in Litauen. — Neutralität in Ostpreußen abgelehnt. Die litauische Selbstverwaltung. 2. 10: Die neue Litauen. 2. 10: Kritik des litauischen Bundesrats. — Litauische Selbstverwaltung. — Selbstverwaltung. — Selbstverwaltung. 2. 10: Mitteilungen aus der ostpreussischen Heimat. — Litauen. — Litauen. — Litauen.

Protest gegen die Vergewaltigung des Memellandes.

Telegramm der Ostbundesleitung an den Reichskanzler.

Protestkundgebung in Berlin.

Gegen die unerbittliche Abfertigung des deutschen Landesdirektoriums in Memel durch die litauischen Behörden hat die Bundesleitung des Deutschen Ostbundes folgenden telegraphischen Protest an Herrn Reichskanzler Dr. Brüning und Gensel geschickt:

Im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin, Leipziger Str. 3, findet Freitag den 12. d. M. abends 8 Uhr eine öffentliche Protestversammlung gegen die Vergewaltigung der Rüste des Deutschen im Memelgebiet statt. Der Memellandbund, der diese Kundgebung veranstaltet, hat den Deutschen Ostbund um Beteiligung gebeten. Bei der Kundgebung werden als Vertreter des Memellandes Professor Boerthmann, Frau Elisabeth Bräuner-Hoepfner und Dr. Felix Borhard Ansprachen halten. Die Versammlung wird bestmöglich zahlreich besetzt sein und sich zu einer nachfolgenden Kundgebung gegen die litauische Gewaltverherrlichung im Memellande gehalten.

Gegen die geradezu ungeheuerliche unerbittliche Vergewaltigung des memelländischen Deutschstums und seiner durch den Völkerbund garantierten Minderheitsrechte erheben wir zugleich im Namen unserer 25 Landesverbände und nahezu 500 über das ganze Reich verteilten Ortsgruppen schärfsten Protest. Für nachdrückliche Wahrung der deutschen Rechte legen wir wärmsten Dank.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes.
Ginschel. Schmidt.

Litauischer Putsch im Memelgebiet.

Ende letzten Monats gab der litauische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amt die Versicherung ab, daß die sich seit einiger Zeit hartnäckig behauptenden Gerüchte über litauische Putschabsichten im Memelland aus der Luft gegriffen seien und daß Litauen nicht daran denke, das Memelgebiet zu verlassen. Acht Tage später, am 6. Februar, ließ der litauische Gouverneur des Memelgebietes, Merkys, auf Veranlassung der Kommoor Regierung des Präsidenten der Memeler Landesregierung, Böttcher, und am 6. März darauf den zweiten Landesdirektor, Jäger, Dordane, verhaften. Die litauische Regierung wußte wohl verziehen, diesen Gewaltakt, der eine flagrante Verletzung des Memelstatutes darstellt, mit dem angeblich hoheitsrechtlichen Verhalten des Landespräsidenten zu begründen. Der Vorwurf des Hochverrats gründet sich auf die sofort als Verleumdung klargestellte litauische Behauptung, daß Böttcher vor einiger Zeit mit Berliner Amtsstellen politische Verhandlungen gepflogen habe. Rachegeheimnisse mögen hat die Berliner Reife des Landespräsidenten jedoch lediglich den Zweck dienen, der schon bestehende memelländischen Vandalenpolitik neue Wirkungsquellen nach Deutschland zu erschließen. Der memelländische Putschtag, dem nach Übergabe des Autonomiestatutes allein das Recht zusteht, den Präsidenten zu berufen und abzuwählen, hat die von den Litauern erhobene Forderung, Böttcher das Mißtrauen auszusprechen, abgelehnt und darüber hinaus dem Präsidenten und seinem Direktorium mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen auszusprechen. Dem öffentlichen Unmut der Bevölkerung der Memeler Regierung in Memel, Gouverneur Merkys, dem Landespräsidenten und sein Direktorium abgesetzt und an deren Stelle drei Reichstagsmitglieder eingesetzt hat, wenn er weiter den memelländischen Politikkommissar „beurlaubt“ und weitere Personalveränderungen im Beamtenkörper jenseits seiner großlitauischen Vertrauensliste vorgenommen hat, und schließlich die Ausfallung des memelländischen Putschtages und die militärische Unterbindung seiner Verhelfung plant, handelt es sich dabei um eine offensichtlich, kraft Verletzung des memelländischen Selbstverwal-

tungsrechtes, die weder von den Memelländern selbst, noch vom Deutschen Volk zu einfach hinzunehmen werden kann.
Den Litauern ist im Jahre 1923 die Souveränität im Memelland von den alliierten Mächten unter der verpflichtenden Bedingung übertragen worden, daß sie dem gegen seinen Willen dem Deutschen Reichs losgerissenen Erbteile die Selbstverwaltung gewähren. Die Beachtung des Autonomiestatutes ist die Voraussetzung für die völkerrechtlichige Selbstverwaltung der litauischen Bevölkerung im Memelland. Demgemäß muß Litauen in dem Augenblicke, in dem es die Selbstverwaltung durch Staatsstreich bestialisiert, als nicht mehr im rechtmäßigen Besitz der Souveränität im Memelgebiet betrachtet werden; und das Memelland kann, da es in diesem Falle in den völkerrechtlichen Schutzbereich, was er vor dem litauischen Gewaltstreich von 1923 bestanden hatte, zurückkehrt, den Anspruch auf Selbstbestimmung durch Volksabstimmung erheben. Zunächst ist die Aufgabe des Völkerbundes, sich mit der Anwesenheit in Berlin und die vertragsbrüchige Kommoor Regierung, die sich von dem deutschlitauischen Gouverneur Merkys in ein gefährliches Abenteuer hat hineintriben lassen, zur Ordnung zu rufen. In diesem Sinne hat die Deutsche Reichsregierung eine außerordentliche Sitzung des Völkerbundes beantragt und an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Bescheidene folgende Substantiierung gerichtet.
Am 6. Februar hat der Gouverneur des Memelgebietes, Herr Merkys, den Präsidenten des dritten Direktoriums, Herrn Böttcher, für abgesetzt erklärt, verhaften und in eine Kaserne überführen lassen. An seiner Stelle ist der Landesrat Colbicus mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Präsidenten des Direktoriums beauftragt worden. Nach den dem deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten sind diese Maßnahmen von dem Gouverneur im Einverständnis mit der litauischen Regierung getroffen worden und sollen auch Ansehen nach noch ähnliche weitere Maßnahmen im Gefolge haben.
Das Benehmen der litauischen Regierung stellt eine flagrante Verletzung des Memelstatutes dar, das in Artikel 17

Abjag 2 bestimmt, daß der Präsident so lange im Amte bleibt, als er das Vertrauen des Landtages hat. Diefer Voranschlag liegt hauptsächlich des Präsidenten Vorschlag vor, da ihm noch durch Beschluß des Landtages vom 25. Januar das Vertrauen ausgesprochen worden ist.

Gemäß Artikel 17 Abjag 1 der Memelkonvention lautet die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundesrates auf die von der litauischen Regierung beantragten in Rechtsdrang. Sie weist darauf hin, daß Verstärkungen der dem Memelgebiet selbständigen Autonomie schon wiederholt die Zurücksetzung des Völkerbundesrates erforderlich gemacht haben. Durch die oben erwähnten Vorgänge ist eine besonders ernste Lage entstanden. Ich bitte deshalb, die Angelegenheit als dringend auf die Tagesordnung des Rates zu setzen und den Rat zu einer sofortigen Sitzung zusammenzubekommen."

Gegenüber den litauischen Verlesungsanträgen sah sich Staatssekretär von Bülow, der nach der Abreise des Kanzlers besonders für die Behandlung der Memelfrage im Rat noch im Ganzen geblieben ist, veranlaßt, dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note zu überreichen, in der auf die Verzögerung der Behandlung im Rat durch die Abwesenheit eines bevollmächtigten litauischen Vertreters hingewiesen und folgendes erklärt wird: „Ich möchte heute zum Ausdruck bringen, daß meine Regierung die Angelegenheit für so wichtig und dringlich hält, daß sie keinerlei Aufschub mehr zuläßt. Sollte daher die Frage der Teilnahme eines bevollmächtigten Vertreters der litauischen Regierung nicht unverzüglich geklärt werden, so muß ich mir vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen. Ich bitte Sie, diesen Brief sogleich zur Kenntnis des Rates zu bringen."

Wenn der Völkerbund auch in dieser Frage verlagert, wenn er sich auch hier, gegenüber einem der kleinsten Staaten Europas, als unfähig erweist, dem Recht zur Geltung zu verhelfen und eine bedrohte Volks-

gruppe gegen die Gewalt sandigender Elemente in Schutz zu nehmen, dann sollte es für den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat nur eine Antwort geben, nämlich die, daß Deutschland auf die Mitgliedschaft in dieser Organisation verzichtet und sich aus die Mittel in Anwendung bringt, die ihm geeignet erscheinen, dem Memeländern und mit ihnen dem deutschen Volke zu ihrem Recht zu verhelfen. Es ist für jeden Deutschen ein unerträgliches Bedenke, daß das Reich selbst von einem Staat, dessen Einwohnerzahl (einschließlich der nationalen Minderheiten) kaum halb so groß ist wie die Einwohnerzahl von Berlin, totalen alle Kränkungen und Herausforderungen hinnehmen soll. Die Reichsregierung kann daher sein, daß sie die das ganze deutsche Volk in einmütiger Geschoffenheit hinter sich hat, wenn sie in Bezug die Klagen und Beschwerden gebrauchte, die notwendig sind, um von dem östlichen Nachbarn getrennt zu werden, und auch dann, wenn sie sich, um ihrer Forderung den materiellen Nachdruck zu verleihen, entschließen sollte, die diplomatischen Beziehungen mit Romo abbrechen und die deutschen Grenzen für alle Waren litauischen Ursprungs zu schließen, was auf Litauen unvermeidlich einen Eindruck bleiben würde, da Deutschland der seitens des Reiches litauischer Ereignisse ist. Deutschland hat Jahre hindurch trotz aller rechtlichen und Rechtsbrüche der Komore Machtüber immer versucht, mit Litauen in freundschaftlichem Einvernehmen zu leben. Viele Vorgänge hat ihre Grenzen, und die draußige Gebuld ist nunmehr erschöpft. Man scheint es in Romo noch nicht recht begriffen zu haben, daß die Selbstständigkeit des litauischen Staates, die von polnischer Seite im Grunde niemals als berechtigt anerkannt worden ist, an Deutschland keine vorübergehende Stütze besitzt, auf die man sich verlassen kann, das die ökonomische Politik der Komore immer fortgesetzt in der unerbötlichen und irrsinnigen Weise fortzuführen und erhöhen zu können glaubt. Es wäre an der Zeit, den Litauern einmal diesen Zusammenhang der Dinge in unmissverständlicher Weise klarzumachen.

Die militärpolitische Bedeutung der polnischen Volkszählung.

Volkszählungen sind Generalproben, die der Staat veranstaltet, um einen genauen Überblick über die Kräfte zu bekommen, die ihm zur Verfügung stehen. Am 9. Dezember 1931 hat der polnische Staat nach einer zehnjährigen Pause wiederum eine derartige Generalprobe abgehalten, und die Ergebnisse sind bekannt. Die Ergebnisse lassen bereits jetzt interessante Schlüsse zu.

Am Ende von zehn Jahren ist die Bevölkerung der Republik Polen um rund fünf Millionen gewachsen. Polen hat damit eine Rekordsumme von 19 000 000 Einwohnern, wobei sich jährlich jetzt 2 1/2 h. zu verzeichnen. Es läßt damit alle europäischen Staaten in weitem Abstand hinter sich, da der prozentuale Zuwachs für die gleiche Zeit von zehn Jahren in Deutschland nur etwa 7 1/2 h., in der Tschechoslowakei 8 1/2 h., in Ungarn 9 1/2 h., in Österreich gar nur 3 1/2 h. beträgt. Wenn auch der gerade ungläubige Zuwachs in den von den Slawen Minderheiten besetzten Gebieten Polens in erster Linie auf das massenhafte Zurückströmen der während des Krieges in das Innere Polens geschickten Bevölkerung zurückzuführen ist, so steht doch die Tatsache unweifelhaft fest, daß sich selbst bei einer nicht unerheblichen Verminderung des Wachstumsstempes der polnischen Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das Verhältniß der Bevölkerung Polens zu der seiner Nachbarstaaten, besonders auch Deutschlands, in starkem Maße verschärfen wird. Das Bevölkerungsverhältnis Polens zu Deutschland beträgt zurzeit etwa 1:2. Es kann sich im Laufe von ungefähr 20 Jahren in 2:3 ändern!

Es ist ohne weiteres klar, daß sich dieser Umstand in jeder Hinsicht auf das militärpolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in einem für Deutschland ungünstigen Sinne auswirken wird, ganz besonders aber in militärpolitischer Hinsicht. Erach aller Abstrahlungsbestrebungen ist es immer noch so, daß, wie jede neue Entdeckung, so auch das Ergebnis einer Volkszählung zunächst unter dem Gesichtswinkel der Militärpolitik gewertet wird. Wir können mit Bestimmtheit annehmen, daß allen polnischen Militärpolitikern kein Bekanntwerden des Volkszählungsergebnisses das Herz im Leibe gelacht hat. Eröffnet es ihnen doch die weitesten Perspektiven für die Verbesserung der polnischen Militäraufs und damit die Verfestigung des militärpolitischen Übergewichtes zugunsten Polens.

Polen unterhält bei einer Gesamtbevölkerung von rund 32 Millionen Einwohner ein Heerwesen der Größe von etwa 300 000 Mann auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, der alle männlichen polnischen Staatsbürger vom 21. bis zum 50. Jahre unterliegen, im Kriege bereits von 19 Jahren ab. Außerdem besteht im Kriegesfall neben der allgemeinen Wehrpflicht die Hilfsdienstpflicht, der alle Personen von 17. bis 55. Jahre unterliegen, soweit sie nicht Herberdienst leisten. Die Einstellungen in das stehende Heer erfolgen zweimal im Jahre, im Frühjahr und im Herbst. Was jährlich zur Einstellung gelangende Rekrutenkontingente betreffen, so sind etwa 100 000 Mann. Daraus hinaus ergeben die Befruchtungsregelmäßig einen überflüssig an tauglichen Wehrpflichtigen, die wegen Überfrachtung des Etats nicht eingestellt

werden konnten. Dies überkontingent belief sich schon jetzt teilweise auf etwa 70 000 Mann!

Um bei diesem großen Überschuß möglichst zahlreichen Wehrpflichtigen die militärische Ausbildung zu sichern, hat das polnische Kriegsministerium von der im Wehrgebiet vorliegenden Ermächtigung in weitestem Umfang Gebrauch gemacht, einen Teil der einjährigen Wehrpflichtigen in Teilzeit zu stellen zu lassen, so daß für Mannschaften ein überkontingent in einer verkürzten Dienstzeit von 3/4 bis 5/6 Monaten einzuwerben. Um besonders dem nationalpolitischen Element den Vorteil der militärischen Ausbildung zu geben, wird daselbe bewußt auf Kosten des Minderheitenelementes der bei Einziehung bevorzugt, wobei noch der unschätzbare Vorteil heranspringt, daß die polnische Armee ein möglichst geschlossenes nationalpolitisches Aussehen bekommt, was besonders bei den neuesten Waffentechniken, wie Stützgeräten und technischen Waffen, zu beobachten ist, die minderheitenreich erhalten werden.

Wenn auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß sich das überflüssige Rekrutenkontingent in den nächsten Jahren vorübergehend nicht unerheblich vermindern wird, weil die stark erweiterten Kriegsjahrgänge zur Einstellung gelangen, so bleibt die Tatsache für uns bestehen, daß Polen für die Zukunft mit einem sich von Jahr zu Jahr steigenden Überschuß an wehrfähigen Menschen rechnen kann, den es nicht ungenutzt lassen wird.

Überflüssig ist die Tatsache, daß gerade die in den östlichen Gebieten befindlichen Wehrpflichtigen und Ukrainer den höchsten Prozentsatz des Zuwachses ausmachen, den man bei einem normalen Einklang als außerordentlich bedrohlich für die Einheit und das feste Gefüge der polnischen Armee ansehen könnte und den man bei uns im allgemeinen überläßt. Wie bereits erwähnt, ist die polnische Heeresleitung nach gewissen schlechten Erfahrungen, die sie in der ersten Zeit des Bestehens der polnischen Armee mit den Minderheiten, besonders mit den Ukrainern, im Heere gemacht hat, ganz gesamtlich dazu übergegangen, den Einfluß der Minderheiten in der Armee auf ein Mindestmaß herabzusetzen und die Armee zu einer nationalpolitischer Armee zu machen.

Die außerordentlich starke Bevölkerungszunahme unseres östlichen Nachbarn ist demgemäßen Verhältnis das zwischen Deutschland und Polen infolge der ungenutzten und auf die Dauer unmöglichen Grenzlinie in Osten besteht und sicherlich noch für lange Zeit bestehen wird, ein bedeutsames Gefahrenmoment, das unsere erhöhte Aufmerksamkeit erfordert.

Dr. A. P.

Bis zum 20. Febr. müssen Anzeigstellungen auf unser „Blatt“ für den Monat März ausgegeben werden. Bei später erfolgenden Anzeigstellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Beispruch für 1 Monat beträgt 0,50 M. (ohn. Zustellungsgeb.)

Bevölkerungsverchiebungen in Posen und Pommerellen.

Nach dem Ergebnisse der polnischen Volkszählung vom 9. Dezember 1931 weist Polen die stärkste Bevölkerungszunahme unter den europäischen Staaten auf. Im Laufe von zehn Jahren hat sich die Einwohnerzahl Polens um nicht weniger als 19,5 v. H. vermehrt. Unter fürstlichem Interesse verdient naturgemäß die Bevölkerungszunahme in den Gebieten, welche sich der polnischen Herrschaft angeschlossen haben, eine besondere Erwähnung. In Posen und in Pommerellen, welche sich hier durch die gewalttätige Entfaltung einer Volksverchiebung vollzogen hat, wie sie in diesem Umfange in der Geschichte Europas einzig dasteht. Das Pommerellen und Polen zu dem Gebieten Polens gehören, deren relative Zunahmesziffer unter dem Durchschnitt des Staates liegt, ist erklärlich, da ja zunächst einmal die starke Einbuße an Volkszahl, die von der Verdrängung des deutschen Elementes herrührt, aufgehoben werden mußte. Bemerkenswert ist, daß Pommerellen eine mehr als doppelt so hohe relative Zunahmesziffer als Polen aufweist, obwohl es durch die Verdrängung seiner deutschen Bewohner etwa drei Zehntel seines Volksstandes von 1910 eingebüßt hat. Demgegenüber weist die Wojewodschaft Polen unter allen polnischen Landesteilen die geringste Bevölkerungszunahme auf, nämlich nur 7,4 v. H. in dem zehnjährigen Zeitraum von 1921 bis 1931 und 7,5 v. H. in den 21 Jahren von 1910 bis 1931. Die Einwohnerzahl der heutigen Wojewodschaft Polen betrug 1910 1.942.000 im Jahre 1921 1.967.000 im Jahre 1931 2.160.000. Dabei ist die Stellung zu berücksichtigen, daß von den 38 Kreisen der Wojewodschaft Polen nicht weniger als 8 Kreise eine Vergrößerung ihrer Volkszahl aufzuweisen haben; es sind dies die Kreise Gnesen-Land (—3,4 v. H.), Gollun (—0,9 v. H.), Kolshmin (—4,9 v. H.), Schildberg (—1,9 v. H.), Pilschen (—3,0 v. H.), Schmiegel (—6,1 v. H.), Wollstein (—1,4 v. H.) und Wehlisen (—2,3 v. H.). Diese Bevölkerungszunahme ist eine in Polen nahezu einzig dastehende Erscheinung; sie gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß es in keinem Kreis der Wojewodschaft Kreise gibt, die eine nur geringe Zunahme (von 0 bis 3 v. H.) aufzuweisen haben und damit ganz erheblich hinter den Ziffern, wie sie sich in den anderen Landesteilen Polens ergeben haben, zurückbleiben. Es sind dies folgende 16 polenische Kreise: Gornikau (0,4 v. H.), Hohenfals-Land (2,7 v. H.), Joroltshin (2,2 v. H.), Kolen (1,1 v. H.), Kretschin (3,0 v. H.), Magilno (2,0 v. H.), Rantomilshin (1,3 v. H.), Obornik (3,0 v. H.), Wladau (3,9 v. H.), Wamisch (0,5 v. H.), Streino (1,0 v. H.), Szentz (2,9 v. H.), Schrimm (1,1 v. H.), Schwab (0,1 v. H.), Woschitz (0,1 v. H.) und Znin (0,3 v. H.). Es bleiben von den 38 polenischen Kreisen also nur 14 Kreise, die in der Zeit von 1921 bis 1931 eine mehr als Prozentige Bevölkerungszunahme aufweisen. Das Schwergewicht der Bevölkerungszunahme konzentriert sich in der Wojewodschaft Polen auf 6 Kreise, nämlich auf Polen-Stadt und Land, Bromberg-Stadt und Land, Gnesen-Land und Hohenfals-Land, also auf die vier größten Städte der Wojewodschaft. Von einer Bevölkerungszunahme in Polen von etwa 145.000 Seelen resultieren die Kreise, nämlich auf 122.000, und zwar (in Klammern der Bombenerwerb der Zunahme) auf:

Bromberg-Stadt	29.876	(—34,1 v. H.)
Bromberg-Land	5.187	(+11,0 v. H.)
Gnesen-Stadt	4.250	(+16,5 v. H.)
Polen-Stadt	6.816	(+35,5 v. H.)
Polen-Land	13.342	(+16,2 v. H.)
Hohenfals-Land	6.504	(+26,8 v. H.)

Die Einwohnerzahl der Wojewodschaft Pommerellen ist von 935.641 im Jahre 1921 auf 1.086.144 im Jahre 1931, also um 150.501 = 16,1 v. H. gestiegen. Setzt man aber die Ergebnisse der neun polnischen Volkszählungen mit denen der deutschen Zählung von 1910 in Vergleich, dann ergibt sich, daß die Zunahme in dem 21jährigen Zeitraum nur etwa 97.000 Seelen, d. h. knapp 10 v. H., beträgt; die Einwohnerzahl des an Polen abgetretenen Gebietes der ehemaligen Provinz Westpreußen von 1910 bis 1921 um 192.000 auf etwa 336.000 gestiegen. Die Ursachen für die deutsche Abwanderung in den Bevölkerungszahl getrieben hatte, waren anders als im Polenlande, wo die Polen schon seit Ende 1918 die tatsächlichen Herren waren) zur Zeit der polnischen Volkszählung von 1921 noch nicht aufgeklärt worden. Zur die kolonialisierenden Kreise, Kartaus, Putzig und der Kreis Czajka, hatten von 1910 bis 1921 eine Vermehrung ihrer Einwohnerzahl aufzuweisen. Alle anderen Kreise Pommerellens hatten in diesem Zeitraum eine Einbuße an Bevölkerung zu verzeichnen. Wenn man nun die Zahlen von 1910 und 1931 miteinander vergleicht, dann kann man folgende Feststellungen machen: Zu zwei Kreisen, nämlich in Grouben-Land und Sempelberg, ist auch heute noch nicht die Einwohnerzahl von 1910 wieder erreicht worden. In einer Reihe weiterer Kreise ist gegenüber 1910 nur eine geringfügige Bevölkerungszunahme zu vermerken, nämlich in den Kreisen Derant (0,5 v. H.), Wehlisen (2,4 v. H.), Culin (3,0 v. H.), Vinn (6,0 v. H.), Wersin (6,0 v. H.), Schwab (1,1 v. H.), Wersin (1,8 v. H.) und Wehl (3,9 v. H.). In den übrigen fünfzehn Kreisen (von insgesamt 20 pommerellischen Kreisen) ist die Bevölkerung im Laufe von 21 Jahren nur um 7286 Seelen gewachsen, d. h. 1,4 v. H. Das Schwergewicht der Bevölkerungszunahme Pommerellens liegt in den nördlichen Kreisen und,

ebenfalls in der Wojewodschaft Polen, in den Städten. Allein in den drei Städten Chorn, Grauburg und Södingen ist die Bevölkerung von 1910 bis 1931 um 48.093 und von 1921 bis 1931 um 58.791 Seelen gestiegen. Da nun noch auch die kleineren Städte, für die zusammenfassende Zahlen noch nicht vorliegen, im allgemeinen eine Einwohnerzunahme zu verzeichnen haben, kann man sich die ebenfalls im Gebiete Polen und Pommerellen die Feststellung machen, daß die Bevölkerungszunahme in der Hauptstadt der beiden Städte und nicht dem flachen Lande zugute gekommen ist. Für ganz Polen ist der Zug vom Land in die Stadt eines der wesentlichsten Kennzeichen der Bevölkerungsentwicklung geworden. Das flache Land ist überölkert; die Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft sind je befristet, daß sie die ihr aus dem Geburtenüberschuß zutreffenden Kräfte bei weitem nicht mehr aufnehmen kann. Die Verdrängungswanderung würde in Polen nur für die Erscheinung treten, wenn es für die überflüssigen Arbeitkräfte des flachen Landes genügend neue Erwerbsmöglichkeiten in den Städten gäbe.

Polen und Pommerellen haben im Jahrzehnt 1921 bis 1931 eine Bevölkerungszunahme von 295.507 Seelen aufzuweisen; das ist bei einer Zunahme von über 5 Millionen in ganz Polen nicht viel. Es wäre aber verfehlt, hieraus auf eine bevölkerungspolitische Inaktivität der Wojewodschaft zu schließen. Im Gegenteil ist trotz des im Vergleich zum mittleren europäischen und skandinavischen Gebiete überflüssigen in den Westgebieten die Bevölkerungsbewegung relativ und absolut ganz erheblich größer als in anderen Staatsteilen gewesen. Die Westgebiete haben durch die erzwungene Massenabwanderung des deutschen Bevölkerungselementes über ein Viertel ihrer 1910 vorhandenen Volkszahl verloren. Dies hat im Jahre 1910 2,936 Millionen betragen. Nun hat nach einer im Jahre 1926 von der deutschen Sejmkommission als Grundlage für ihre Vor schläge zu einer Kulturautonomie vorgelegten privaten Zählung der deutsche Volksteil Polens und Pommerellens von 1910 bis 1926 einen Verlust von rund 760.000 Seelen zu verzeichnen. Nach Angaben des Waffenhilfskomitees für die Nationalitätenfragen sind von Waffenhilfskomitee 1918 bis zum 1. Januar 1927 nicht weniger als 840.000 Deutsche aus dem Gebiet der beiden Wojewodschaften abgewandert. Bei Berücksichtigung dieser letzteren Zahl (die für Anfang 1927 wahrscheinlich etwas zu hoch gegriffen ist, bei Anrechnung der während der letzten fünf Jahre noch erfolgten Abwanderung aber wohl als Mindestabwanderungsziffer angenommen werden kann) würde sich die 1910 ermittelte Gesamtbevölkerungszahl von etwa 2,94 auf etwa 2,18 Millionen verringern. Nun ist die Volkszahl aber von 1910 bis 1931 auf 3,2 Millionen gestiegen. Mitbin steht dem durch die Deutschenverdrängung verursachten Verlust von 840.000 Seelen ein Zugang von 1,1 Mill. Seelen gegenüber. Dieser Zugang wurde teils durch natürliche Bevölkerungszunahme, teils durch Zuwanderung von emigrierten Deutschen, teils durch die Einwanderung aus der Größe der natürlichen Bevölkerungszunahme ermittelt, teilt der dann noch verbleibende Teil dieser 1,1 Mill. die Zahl der während dieses Zeitraums Zugewanderten dar. Mit Sicherheit läßt sich der Geburtenüberschuß in Polen und Pommerellen nur für die Zeit zwischen der ersten und zweiten polnischen Volkszählung feststellen, während man für die Zeit von 1910 bis 1921, für die wegen der günstigen anomalen Kriegsjahre und ersten Nachkriegsjahre keine brauchbaren statistischen Zahlen vorliegen, auf ziemlich unzuverlässige Schätzungen angewiesen ist. Im ganzen wird man der Wirklichkeit wohl verhältnismäßig nahekommen, wenn man für die Zeit von 1910 bis 1931 eine Gesamtbevölkerungszunahme von etwa 600.000 annimmt. Dann würde die Zahl der in dieser Zeit nach Polen und Pommerellen Zugewanderten mindestens 550.000 betragen. Es kommt hier nur darauf an, in ganz roten Zahlen die Ursache herauszufinden, daß die verdrängten Deutschen zum großen Teil nicht durch die Zuwanderung der im Lande altangesessenen Bewohner, sondern durch Zuwanderung aus Deutschland sind. Selbst wenn die Zahl der Zugewanderten mit 550.000 um 50.000 oder gar 100.000 zu hoch angelegt wäre (was wenig wahrscheinlich ist, da ja auch die im Lande geborenen Kinder der Zugewanderten dem landfremden Elemente zugerechnet werden müßten), würde sich an der Ursache einer Massenwanderung, durch welche die infolge der Deutschenabwanderung entstandenen Bevölkerungslücken aufgefüllt worden sind, wenig ändern. Zur zum Teil handelt es sich bei vielen Zugewanderten um polnische Rückwanderer aus Deutschland oder anderen Ländern, d. h. um Polen, die sich, aus den Westgebieten kommend, anderwärts niedergelassen hatten und nach der Errichtung des polnischen Staates in ihre Heimat zurückgekehrt sind, um in die Plätze der verdrängten Deutschen einzurücken. Der größere Teil der Zugewanderten stammt aus dem mittleren und nördlichen Polen, ist also landfremd und mit den Westgebieten durch nichts anderes als durch ein „Zugewandertensein“ verbunden. Es ist daher zu erwarten, daß die Zuwanderung hier kein Heimatrecht geltend zu machen haben und daß sie bei einer Rückkehr der Gebiete an Deutschland keinen Anspruch auf irgendwelche „sozialerwerbene Rechte“ im Lande erheben könnten.

Dr. R.

Polen, Japan und die Abrüstung.

Die politischen Kreise in Polen haben von der Abrüstungskonferenz von Verviers keine positiven Ergebnisse erwartet — und erfüllt. Die Wahrheit der Blätter beglückte den Beginn der Konferenz; mit Kommentaren, die eher als Nachrufe auf eine sterbende Sache denn als Ankündigungen einer neuen Zeit der friedlichen Zusammenarbeit zu verstehen waren. Das halbamtliche Blatt der Warschauer Regierung, die „Gazeta Polska“, schreibt z. B.: „Es scheint, daß der Rat von Verviers dem Zweck, die Sprache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (denn ist die deutsche Tributabgabe gemeint) eine zu brutale und zu offene Sprache sprechen, als daß die für das Schicksal ihrer Länder verantwortlichen Staatsmänner der einzelnen Staaten sich von den Sirenen der Formeln, die das Volk durch ihren schönen Klang betriegen, und durch ihre Zweideutigkeit schädigen, einmischen lassen. Hoffentlich werden die Diplomaten dieses Mal damit beginnen, miteinander als Männer zu sprechen, nicht als eine Horde von Einmüden, die ihre wirklichen Absichten hinter dem förmlichen Fächeln des Vorgespanntheaters verbergen.“ Auch der „Kurier Polska“, das Organ der regierungstreuen Schmierindustrie, operierte mit dem Hinweis auf die Vorgänge in Ostasien: „Der Krieg im Fernen Osten, ein Krieg, der zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes und Unternehmern des Kelloggpatentes ausgebrochen ist, ist der beste, blutigste und finstere Beweis dafür, wie wenig wert alle mehr oder weniger bereiten Japan Papier sind, die den ewigen Frieden auf der Erde garantieren, und wie weit mit vom Stand der irdischen Sicherheit entfernt sind, der eine erfolgreiche Verringerung der Rüstungen gestattet.“ Es mutet fast aus, wenn der „Kurier“ dann fortfährt: „Die roten Klammern im Fernen Osten sind ungemalt, dafür aber sehr stark überzeugend, eine Illustration für die Nichtigkeit der französischen überzogenen Abrüstungstheorie, die lautet: Erst Sicherheit, dann Abrüstung, — als ob im Fernen Osten nicht gerade die starke Rüstung Japans den kriegerischen Zusammenstoß herbeiführen würde.“ „Das ein Ostasien, das die Unsicherheit der politischen Weltgerüstung garantiert“, schreibt der „Kurier“ weiter, „nach all dem gekommen ist, liegt es klar auf der Hand, daß das Minimum der nationalen Sicherheit, welches die erste Bedingung zur Durchführung einer Abrüstung ist, heute noch nicht besteht.“ Der Konflikt in Ostasien kommt der polnischen Propaganda sehr gelegen. Da die alle Legende vom Schutzcharakter Polens gegen die bolschewistische Gefahr in den meisten Ländern nicht mehr allzu überzeugend wirkt und so andererseits das Märchen von der deutschen Gefahr schon rechtlich abgehandelt ist, muß jetzt der Ostasienkonflikt als Argument für die Unmöglichkeit jeder Abrüstung herhalten.

Der Kampf um die Selbständigkeit Danzigs.

Haag entscheidet für Danzig.

Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag hat am 4. Februar eine für die Freie Stadt Danzig äußerst bedeutsame Entscheidung gefällt. Die Entscheidung betrifft die Rechte der in Danzig wohnhaften oder sich aufhaltenden polnischen Staatsangehörigen. Die polnische Sache geht dahin, daß jeder Pole, ob er Danziger Staatsangehöriger ist oder nicht, in Danzig dieselben Rechte habe, wie die Danziger selbst. Im Befehl dieser Sache hat Polen von Litauz gestellt, daß auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Schulwesens, auf dem Gebiete der Anerkennung der Zeugnisse, auf dem Gebiete der Erwerbstätigkeit, beim Erwerb von Grundstücken, bei der Zuweisung von Wohnungen, in Bezug auf Aufenthalt und Niederlassung alle Polen die gleichen Rechte hätten wie die Danziger Staatsangehörigen, und ferner, daß die polnische Sprache in Danzig in der Beziehung der öffentlichen Schulen gleichgestellt werden muß. Das Danzig der Vertretung der Danziger Staatsangehörigkeit an Polen von der Weilung der polnischen Regierung abhängig sei. Die polnischen Anträge müßten, wenn sie Erfolg gehabt hätten, die Wirkung haben, daß die Freie Stadt Danzig aufhören würde als selbständiger Staat zu existieren, und daß ihre politische, wirtschaftliche und finanzielle Grundlage auf das schwerste erschüttert würde. Die Danziger Regierung würde nicht in der Lage sein, die Überleitung des Danziger Schulwesens zu übernehmen, und seine 5000 Scholaren in Danzig schon jetzt kann in der Lage ist, die in ihrer Unterhaltung notwendigen Mittel aufzubringen. Die Kosten, welche auf dem Gebiet der Schule und dem Gebiet des Armenwesens Danzig entstehen würden, wären unerschaffbar.

Der Haager Gerichtshof hat die polnische Sache zurückgewiesen und sich in allen Punkten den Danziger Standpunkt zu eigen gemacht. Er hat klar ausgesprochen, daß für die polnischen Staatsangehörigen und andere Personen polnischer Herkunft und polnischer Sprache, die sich auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig aufhalten, die Bestimmungen des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in Geltung haben, wie wenn sie in Polen tatsächlich anwesend wären. Ferner wird ausgesprochen, daß Danzig den erwähnten polnischen

Damit ist das Interesse Polens an den Vorkäufen im Fernen Osten jedoch nicht erschöpft. Polen ist in diesem Konflikt im letzten Augenblick nicht neutral, weder seiner inneren Einstellung noch, noch auch vielleicht in seinem praktischen Handeln. Die öffentliche Meinung Polens steht entschieden auf Seiten Japans. Man sollte doch meinen, daß Polen, das sich „Menschenalter“ hindurch über seine eigene „Vergewaltigung“ durch die Entschleunigung beklagt hat und auch heute noch, wenn es ihm pallastischerweise an den Mitteln der Welt zu arbeiten verheißt, mit seinen menschlichen Sympathien auf Seiten der Chinesen steht. Aber das Gegenteil ist der Fall. Man macht in Polen gar kein Hehl daraus, daß man sich über das japanische Vorgehen freut, erfreut, weil man von diesem Vorgehen Schwierigkeiten für Sowjetrußland erwartet, die man vielleicht irgendeine für die eigene Ukraine- oder die Ostkarmpolitik auszunutzen kann, dann aber auch, weil man sich innerlich verbunden fühlt mit einem Staat, der je umbeängigt wie Japan den Willen zu Krieg und Eroberung bekennt und der mit seinem Auftreten in der leicht erregten Phantasie der Polen eine Atmosphäre erzeugt, in die der Ruf sehr gut hineinpaßt: „Wachen wir es wie die Japaner! Wachen wir aus — Ostpreußen eine zweite Mandchurie!“ In diesem japanischen Vorbild kommt jetzt noch das Bild der Plauer hinzu.

Der Wunsch, offen für Japan Partei zu ergreifen, ist in der maßgebenden Regierungspresse zum Durchbruch gekommen. So hat der Senator Korczakowski der „Gazeta Polska“ in einem seiner letzten Gesandter Briefe China bereits als feindliche Macht behandelt, die zu beschimpfen ihm „patriotisch“ gilt. Er bekennt sich offen zu dem Glauben, daß er damit Deutschland kränken könne und schreibt: „Man hat den Eindruck, daß die Chinesen in der Verteilung Deutschlands für die deutsche Sache kämpfen und daß Japan daselbst getan habe, was Frankreich getan hätte, als es in das Ruhrgebiet einmarschierte.“ „Man hat die Verantwortung für die polnischen noch amnestischen Angriffe der Galizier, daß der Delegierte Japans den ukrainischen Kravall (1) im Völkerbund in einer Weise schloß, welche die Verdrängung des prinzipiellen Standpunktes Polens anerkannte und die antipolnische Propaganda brandmarkte, die auf Grand treudienfallscher (?) Daten geführt wird...“ Dieser Ausfall gegen Deutschland und China fällt wohl der polnische Dank für die Dienste sein, die der Vertreter Japans im Völkerbunde dem Polen bei Verhandlung der Minoritätenfrage erweisen hat. Vielleicht bleibt es nicht bei dieser „pflichtigen“ Dankesbekundung. Vielleicht bestehen bereits andere Vereinbarungen zwischen Polen und Japan im Ostasienkonflikt.

Sölle zwischen Danzig und Polen.

Die polnische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der bei einer Reihe von Waren, die im Wege des Veredelungsverkehrs zwischen Danzig und Polen, von Danzig nach Polen, oder anders der Veredelung durch polnische Amtshallen erbracht werden muß. Diese neue polnische Maßnahme gegen Danzig läuft auf eine Erweiterung der Machtbefugnisse Polens in Danzig hinaus und bringt auf der anderen Seite eine fast völlige Kadmierung des Danziger Handels mit dem polnischen Hinterland. Über die Unzulässigkeit des Veredelungsverkehrs, der seit einem Jahrzehnt von Polen ungeschindert gestattet wurde, hat die polnische Regierung im letzten Jahre einseitig durch eine schmerzliche Entscheidung verfügt. Polen hat jedoch von Auslegung dieser Entscheidung nicht abgewartet, sondern von sich aus die angebotenen Maßnahmen ergriffen. Durch diese neue polnische Maßnahme wird tatsächlich eine Zollgrenze zwischen Danzig und Polen angelegt, durch die die von den Verfehlern Veredelungsmaschinen durch die Zolllinien mit Polen vertriebene Wirtschaftserträge illusorisch gemacht wird. Es kommt somit der neue polnische Schlag gegen Danzig der Anhebung der Zolllinien gleich. Der Senat hat in seiner Rolle als den hohen Schutz der Danziger Wirtschaftswirtschaftlichen Selbständigkeit, die diese Verordnungen für Danzig mit sich bringt, um höchste Achtung gebeten. Der allem ergeht der Senat den Konflikt um Aufhebung der polnischen Maßnahmen, die eine vom Völkerbund verbundene „Action directe“ bei einem laufenden Streifenverfahren bedeuten.

Gefängnis im Jedwabno-Prozess.

Vor dem Reidenburger Landgericht wurden am 5. Februar 13 Einwohner von Jedwabno in Masuren gegen mehrere hundert Auftraher und Widerstande gegen die Staatsgewalt in Geld- und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt. 13 Angeklagte wurden freigesprochen. Mit diesem Urteil ging ein Prozess zu Ende, in dem Männer vor Gericht standen, die sich aus Furcht vor Hinnot gegen die Staatsgewalt aufgebaut hatten. Die Bevölkerung von Jedwabno hatte verurteilt, die Verhaftung von zwei Masuren zu verhindern, die im Dezember u. S. ein paar polnische Agitatoren handgreiflich ihre Meinung gelosst hatten. Das Gericht hat sich demnach, die politischen Hintergründe völlig ausgeschlossen. Es konnte aber nicht umhin, bei der Strafmaßung zu berücksichtigen, daß das Verhalten der Angeklagten aus nationalen oder politischen Beweggründen zu erklären ist. Es liegt auf der Hand, heißt es in der Urteilsabgründung, daß man keine Schwereverbreher vor sich habe; das zeige ein Blick auf die Anklagebank und besonders das mütterliche Verhalten der Angeklagten während der 13tägigen Verhandlung. Auf jeden Fall konnte man keine unehren Motive für das Handeln der Angeklagten finden. Die moralisch Schuldigen in diesem Prozeß sind nicht die wegen Auftrahrs Verurteilten gewesen, sondern die politischen Kreise, die durch ihre aufreizende Agitation Mische und Unfrieden ins Land brachten. Die politischen Kreise sind nicht zu verurteilen, sondern die Agenten in den unzufriedigen Vereinen aufzukommen, mit Versprechungen, Drohungen und klagender Mißgunst die Bevölkerung für die polnische Sache zu gewinnen versuchen. Es ist nur allzu verständlich, daß den Masuren, in denen eine tiefwurzelnde Seindschaft und Verachtung für die polnischen Nachbarn lebt, einmal der Geduldsladen reißt, wenn sie es immer wieder erleben müssen, daß ihren polnische Agenten für 50 Pfennig pro Tag ihre Kinder für die polnische Schule abzulassen wollen.

Bisher haben die Behörden dem Erwidern der polnischen Werber untätig zugehört. Es ist kein Wunder, daß die Grenzpolen nicht, wenn sie sich polnische Agenten in einem Dorf zu schaffen o, in dem bei der Abkündigung 1921 unter 600 abgegebenen Stimmen keine einzige polnische mat., umhören mit den Behörden Provokationen erlauben dürfen, die wenn sie ein Deutscher in Polen wagen würde, unter dem Beschl der gesamten polnischen Öffentlichkeit mit Gefängnisstrafen geahndet würden. Im Grenzgebiet haben sich zahlreiche Deutsche niedergelassen, die vor dem Terror der neuen Machtüber aus ihrer alten Heimat geflohen sind, um sich dort ein neues Leben zu bauen und den anderen Grenzpolen, die den Grenzstrom von Jugend auf kennen, vorleben, daß sie für die Polen wenig Sympathie empfinden und sich ernstlich gegen eine Wiederholung der polnischen Agitationsmethoden auflehnen, deren schlimme Folgen sie im entzweiten Nachbargebiet eindringlich genug erlebt haben? Die Bevölkerung hat geflohen auf Seiten der Angeklagten gestanden; das bemerkt auch das Zentralkommando eines Befehlshabers im Kreisbez. demzufolge die 'Polonisierung einiger Landgüterbezirke, die bei der Unterdrückung

des Auftrahrs von Jedwabno besonders hervorgetreten sind, beantragt werden soll.

Die Verteidiger der Angeklagten hatten ganz recht, wenn sie sagten, die wahren Empörer hätten jetzt ganz; wo anders als auf der Anklagebank. Der Gericht finden Bauern, die um ihre Scholle kämpfen, die Deutschen gegen das Polentum schützen und kein Verständnis für eine Staatsautorität hätten, die ihnen diebete Steine in den Weg wirft, lind nicht nur im Gerichtssaal herrschte tiefe Ergriffenheit, ganz Ostpreußen und Deutschland dankt es dem angeklagten Gutsbesitzer, der im Namen seiner Mitangeklagten ein Erkenntnis der Masuren zum Verstandtum aussprach, ein Erkenntnis, das ganz Masuren vor zwölf Jahren in der Abstimmung zu dem von der Welt verurteilten und aus Millionen Wunden blutenden Deutschland abgelegt hatte und das es, wenn ihm heute die Wahl: 'Wie Deutschland' oder 'Wie Polen' noch einmal vorgelegt würde, mit derselben Einmütigkeit und Unbeirrbarkeit noch einmal abgeben würden: "Wir waren deutsch, wir sind deutsch und bleiben deutsch, wir Masuren!" — Die Staatsautorität hat ihre Verantwortung geleistet. Der Gerichtsverordnende hat am Schluß seiner Urteilsabgründung die Hofnung ausgesprochen, daß es sich bei dem Verfall von Jedwabno um einen Einzelfall handeln mag und daß in Zukunft die 'Polenisation' der Grenzbevölkerung dem Verfall mag, daß sie nun einmal vorhandene Gräfte auf das genaueste befolgen. Es wird — so meinen wir — Aufgabe des Staates sein, dafür zu sorgen, daß der Anlaß zu solchen Vorgängen, wie in Jedwabno, verschwindet; das heißt, es wird Aufgabe des Staates sein, dafür zu sorgen, daß den polnischen Agitatoren endlich das Handwerk gelegt wird. Wenn die Masuren nicht mehr den polnischen Provokationen ausgesetzt sind, dann werden auch keine polnischen Werber mehr geohrt werden, denn nicht der 'Polenbau' keinen Grund mehr haben, die Gerichte mit seinen Klagen zu bemühen, und nicht kein Staatsamt mehr zu einem Vergehen gezwungen sein, das geeignet ist, die Bevölkerung an der Grenze am Staate irrezumachen. Nicht die Masuren, sondern der Staat hat sein Verhältnis zu den Polen zu ändern. Wenn der Prozeß um Jedwabno zu dieser Erkenntnis geführt hat, dann ist er nicht umsonst geführt worden.

Im Ortelsburger Kreislag wurde ein Entschließungsantrag des Kreisraisschulzungsrichters Krüschik, Alt-Werder, einstimmig angenommen, der folgenden Wortlaut hat: Die unnehmer zur Rastlospforte treibende Wirtschaftsanstalt gibt scheinbar der sogenannten 'Minderheit der polnischen Pragschande' milksommaren Anlaß, die zu 80 u. S. Handgräberarbeiten für die Bevölkerung ebrenkränktlich herauszufordern, wie die Vorgänge in Jedwabno, Kreis Reidenburg, gezeigt haben. Der Kreis bittet den Herrn Kandidat o. Poser, beim Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß unsere malurische Heimatbevölkerung der Wiederholung derartiger oder ähnlicher ebrenräuberischer Herausforderungen durch polnische Agitatoren vom Staatsministerium bewahrt wird, da sonst Schicksale der Heimatbevölkerung zu befürchten sind.

Der Polenbund beschwert sich.

Anch der Polenbund hat seine Schwestern. In einer 'Bericht' der 'Polenzeitung', die am 10. Roh. 1922 über o beim Bülkerbund eingereicht wurde, sind sie aufgeführt worden. Die zuständigen deutschen Stellen unterziehen die 'Polenbundsbeschwerde, die ihnen am 28. Dezember bei Gegenüberlegung zugegangen ist, zurzeit einer eingehenden Prüfung. Zweck der Denkschrift ist es, den wohlbegründeten deutschen Beschwerden (Südt. Volk, Agrarreform o. u. m.) ein deutliches Schuldkonto entgegenzustellen; mit diesem alten Abtenkungsmoner hat Polen ihnen mehrfach Schiffsbruch erlitten. Mit der neuen Beschwerde wird es ihm nicht anders ergehen.

Die schwere Entschuldig der Angehörige der polnischen Minderheiten weder in Deutschböhmen noch im übrigen Deutschland vornehmen, wählte sich der Polenbund auf allgemeine Beschwerden gegen die 'Gesellschaftstruktur des beherrschenden "arates" in Deutschland beschränken. Der 'Preis' er war von einem 'wob' durch die 'Polenzeitung' am 10. Roh. 1922 in der 'Polenzeitung' zum Kumpf gegen die polnische Minderheit und ihre Schulen während fast alle zwei oder drei Wochen eine neue 'Polenzeitung' gegründet wird, aber er gibt selbst in gleichen Atemzuge, daß sich dieser Kampf nur zu einem Bruchteil in Methoden äußert, die Anlaß zu offener Kritik der beherrschenden Maßnahmen geben könnten'. Die von dem Polenbund angeführten 'Verleße der Presse', 'Dobereinigungen', 'Beihilfungen der polnischen Minderheit durch ausländische Agenten', die 'Ausweisung von Lehrern, die finanzielle Unterstützung der polnischen Minderheiten durch die Kampforganisationen fallen demnach recht dürftig aus. Es fehlen Zusammenhänge, Zeitbestimmungen, überhaupt genaue Einzelbarstellungen, wie sie die deutsche Minderheit in Polen in ihren Beschwerden stets ausgeben konnte. An ihre Stelle treten allgemeine Behauptungen, die vielfach eines humoristischen Charakters nicht entbehren. So beschwert sich der Polenbund zum Beispiel über die Germanisierung von Orts- und Personennamen, er beklagt sich darüber, daß Gregorowicz

nicht Gregorowicz, Buchanan nicht Bensa, Wisnianski nicht Wischniowski und Slatow nicht Slatkowno heißt. (Es ist allerdings Zeit, daß endlich die Verdeutschung der Namen jenseitlich durchgeführt wird!) Stilleliche Minderheit, die nur solche Sorgen hat!

Der Polenbund empfindet es ferner als einen Schlag daran die polnische Minderheit, daß in St. Sebastian in Berlin-Wedding jährlich nur vier polnische Gottesdienste stattfinden und bei St. Pauli in Berlin-Moabit nur eine Messe im Monat, während er alle 14 Tage einen polnischen Gottesdienst haben möchte. In wievielen Gemeinden ist demgegenüber o. B. in 'Polenbundsbeschlüssen' mit dem Staatsbeitragsbeitrag der 'deutsche Gottesdienst' häufig abgeschlossen worden? Die deutsche Minderheit hat hierüber beim Bülkerbund allerdings noch keine Beschwerde geführt. Hoffentlich folgt sie jetzt einmal diesem Beispiel des Polenbundes!

Belobers bittet sich auch die Beschwerde des Polenbundes über die Intensivierung des deutschen Anstiehlungsweusens in den Grenzprovinzen. Der Polenbund ist, wie es scheint, traurig darüber, daß die leeren Gebiete im deutschen Osten nicht für eine befondere polnische Siedlung freigehalten werden. (Hat man es vielleicht schon einmal erlebt, daß Angehörige der deutschen Minderheit in Polen bei der Paragrafierung von Gütern deutscher Besitzher berücksichtigt werden? Selbst bei der Paragrafierung von Gemeindefland sind die Deutschen in Polen ihres Volkskanns wegen ausgeschlossen!)

Am Schluß der Denkschrift des Polenbundes, die zum Teil mangels 'Materials' in die 'Beratung' bis zum Jahre 1922 zurückgegriffen, wird festgestellt, daß der polnische Wille zur harmonischen Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit keine günstige Aufnahme gefunden hat, und es werden 'Bürgschaften' verlangt, daß der Schutz der polnischen Minderheit sich nicht nur auf Bereinigung von Einzelfällen beschränkt, sondern daß die wesentlichen Verpflichtungen in einem Geiste erfüllt werden, der den eingegangenen Verträgen entspricht.

Von diesseits und jenseits der Grenze.

Der Vorstand der Polenstufe in Neu-Kramzig.

In der letzten Nummer des „Ostland“ ist uns, wie wir inzwischen festgestellt haben, bei der Mitteilung, daß drei Mitglieder des Vorstandes einer polnischen Mindererschule beim preussischen Kultusministerium die Auflösung der am Ort befindlichen deutschen öffentlichen Schule beantragt haben, ein Irrtum unterlaufen. Es handelt sich nicht um Mitglieder des polnischen Schulvorstandes in Dornitz, sondern um drei Mitglieder des Kultusministeriums in Warschau. Diese drei Polen haben den unersetzten Antrag gestellt, die deutschen Lehrkräfte der deutsch-katholischen Schule in Neu-Kramzig, die über fünfzig Kinder zählt, bis auf eine abzubauen. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß das Kultusministerium diesem Antrage nicht stattgeben wird. Im Gegenteil ist erst vor kurzer Zeit ein dritter deutscher Lehrer zu den zwei vorhandenen nach Neu-Kramzig als Füllhalter bestellt worden, um sich dort insbesondere der deutschen Jugenbildung anzunehmen. Das läßt klar erkennen, daß man diesseits in der Neu-Kramziger Schulfage nicht an Rückgang denkt, sondern sich die Volkstumspflege an dieser bedrohten Grenzstelle angelegen sein läßt, offenbar mit solchem Erfolge, daß die polnischen Schulvorstände jetzt zu dem erwünschten Antrag ihre Lust nicht genommen haben, der für das breite und für Deutschland heilige Angelegenheit der Warte vom Polabende charakteristisch ist. Sie scheinen sich schon so sehr als Vertreter des Landes zu fühlen, daß es sehr wohl angebracht wäre, ihnen einmal klarzumachen, daß sie sich in Neu-Kramzig auf deutschem Boden befinden und sich entsprechend zu verhalten und um umzusehen die ohnehin schon allzu weit gesteckten Grenzen ihrer Schulrechte einzuhalten haben.

Die polnische Auffpassung.

Während eines kleinen Reichswehrmanövers im Grenzkreis „Mittels-Brandenburg“ überflog ein polnisches Militärflugzeug in etwa 150 Meter Höhe die Stadt Brandenburg. Es wurde deutlich an den Tragflächen der Maschine die polnischen Hoheitszeichen und am Rumpf die Nummer 5 erkannt. Der Besatzung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Diese Grenzverletzung während der Reichswehrmanöver stellt eine unerhörte polnische Provokation dar, gegen die endlich einmal mit anderen Mitteln als mit lächerlichen Protesten in Warschau vorgehen muß.

In einer kleinen Anfrage des Abg. von Pichow (Dnt.), die sich auf die seit Jahren sich ständig wiederholenden Grenzverletzungen durch feindliche Säger bezieht, heißt es u. a.: „Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß von Seiten der Reichsregierung, abgesehen von Protesten der deutschen Selbsthilfe in Warschau, irgendeine ernsthafte Schritte zum Schutze der deutschen Grenze ergriffen sind. Der neuerlich bekanntgewordene Fall Johannsburg in Ostpreußen bedeutet eine besonders eklatante Mißachtung der deutschen Staatshoheit durch Polen. Der Schutz der Grenze ist meines Dafürhaltens eine polizeiliche Aufgabe; es dürfte also Aufgabe der preussischen Polizei bzw. Gendarmerie sein, das überfliegen des preussischen Staatsgebietes durch polnische Militärflugzeuge nach Möglichkeit abzuwehren. Ich frage das Staatsministerium, was es zu tun gedenkt, um den polizeilichen Schutz des preussischen Staatsgebietes vor polnischer Auffpassung zu gewährleisten, und ob es nicht für notwendig erachtet wird, den Polizei-

organen zur Pflicht zu machen, gegenüber Flugzeugen, die offenbar böswillig die deutsche Grenze überfliegen, von ihren Schutzwaffen Gebrauch zu machen.“

Wie anderen Orten ist jetzt auch der Stadt Meseritz ein Apparat zur Abgabe von Warnungssignalen für polnische Flieger überreicht worden. Der Apparat besteht aus einem Sirenenhorn, das mit einer „Kakete“ beschallend wird und im Wiederhören eine lange, dunkle Rauchspalte entwickelt. Der Apparat soll die fremden Flieger darauf hinweisen, daß sie die Grenze überfliegen und schleunigst umzukehren haben. Wo die Grenze ist, das wissen die polnischen Piloten auch ohne derartige Mittelten recht gut. Sie werden sich über diese „Abwehrmethoden“ köstlich amüsieren.

Polnische Schikanen im Grenzverkehr.

Die Grenzkontrolle durch die polnischen Zollbeamten an den Grenzübergangsstellen in Oberbeselitzien wird in letzter Zeit mit einer ungerührtesten Härte durchgeführt. Während es z. B. bis vor kurzen erlaubt war, bis zehn Zigaretten, zwei Apfelsinen, Äpfel, Bananen usw., Handwerkszeug, Bücher usw. mitzuführen über die Grenze zu nehmen, lassen die polnischen Zollbeamten jetzt niemanden mehr durch, der auch nur eine einzige Apfelsine bei sich hat. Die Apfelsine muß vor dem Grenzübergang aufgeschnitten werden. Wer mehr als drei Zigaretten bei sich hat, kann wegen Schmuggels belangt werden. Eine Frau aus Butzen, die mit einem Säugling über die Grenz geht, durfte die Wunden nicht mitnehmen, und erst nach langem Verhandeln gelang es ihr, die Milchbüchse mitzunehmen. Bei einem derart starken Grenzverkehr wie in Oberbeselitzien, mo an einer Grenzübergangsstelle täglich Tausende von Menschen die Grenze überschreiten, merkt sich die Schikanen natürlich fürchterlich. Durch die nichtbührende Kontrolle werden am meisten Handwerker in Mitleidenschaft gezogen, die jenseits der Grenze arbeiten und jetzt die Grenze mit ihrem Handwerkszeug, das sie doch wieder zurückbringen, nicht überschreiten dürfen. Die Polen versuchen auf diese Weise, den immer noch überaus starken Grenzverkehr einzuschränken.

Generallotterien in Ostoberschlesien abgelehnt.

An den Bergbaubetrieben des oberschlesischen und des Dombrowauer Reviers haben nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts, der die Öbne um 8 v. H. sinkt, Abstinenz der Arbeiter über Annahme des Schiedspruchs oder Proteststreik stattgefunden. Die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände in „Polnisch-Oberschlesien“ hat nun am 8. Februar das Abstinenzergebnis über den Streik in den einzelnen Gruben zusammengefaßt. Die Abstinenz betrug folgendes Ergebnis: An der Abstimmung haben sich 36 Gruben, nicht genau, nicht öffentlich beteiligt. Auf 16 Grubenanlagen hat sich die Mehrheit in ihrer Mehrheit für einen Streik ausgesprochen. Auf 20 Grubenanlagen entschied sich die Mehrheit gegen einen Streik. In diesem Abstimmungsergebnis sind die Viehgruben nicht einbezogen, weil dort keine Abstimmung durchgeführt werden konnte. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses schlägt die Arbeitsgemeinschaft etwa 1 Anlauf, in dem die Bergarbeiter selbst abgelehnt wird, der regelmäßigen Arbeit nachzugehen. Die Streikgefahr scheint damit abgemindert zu sein, wenn es nicht noch zu milden Streiks auf den Gruben kommt, deren Weggeschichten sich zum Teil neugierig einstimmt für den Streik ausgesprochen haben.

Die pädagogischen Akademien.

Durch die Späterordnung vom 23. Dezember 1931 hat die preussische Staatsregierung bekanntlich bestimmt, daß von den bestehenden 15 Akademien 9 zu Ostern 1932 geschlossen werden. Es sollen bestehen bleiben: Die beiden katholischen Akademien in Bonn und Butzen, die simonische Akademie in Frankfurt a. M., die evangelischen Akademien in Göttingen und Halle. Weiterhin also die bisherigen beiden katholischen Akademien bestehen bleiben, werden von den 12 evangelischen Akademien neun geschlossen, obwohl bereits jetzt eine verhältnismäßig viel größere Zahl von katholischen Jugendlehrern vorhanden ist als von evangelischen Jugendlern. Man wird vielleicht getau gemacht werden, die Akademie in Butzen sei dazu bestimmt, Lehrer für die polnischen Mindererschulen heranzubilden. Selbst wenn in dieser Beziehung gewisse interreligiöse Einigungen bestehen, so ist der Zweck der beiden katholischen Mindererschulen doch so gering, daß sich die Unterhaltung einer besonderen Akademie nur für diesen Zweck keineswegs rechtfertigen läßt. Wenn die Lage der preussischen Staatsfinanzen weitgehende Sparmaßnahmen erfordert, so kann sich Preußen wohl nicht den Luxus einer besonderen Bildungsanstalt gerade für die Heranbildung der Lehrer an polnischen Mindererschulen leisten, sondern muss bei der Staat in erster Linie die Pflichten gegenüber seinen unter jüdischer Rot leidenden und national bedröhten östlichen Randgebieten zu erfüllen.

Nach der Entschcheidung der preussischen Staatsregierung werden die sämtlichen im Osten vorhandenen Akademien: Frankfurt a. d. O., Stettin, Breslau, Rottbus — mit der einzigen Ausnahme von Elbing — geschlossen, eine Maßnahme, die bei allen Sachkennern nur zu gebietet werden kann, daß man bei den nachgehenden Stellen in Berlin noch immer nicht die

wahre Lage und die ganze Größe der Gefahr im Osten erkennt. Gerade das Gebiet, das zwischen den Sägeln der deutschen Ostfront, „Donnern und Schießen, liegt, und dessen Hauptstadt Frankfurt a. d. O. ist, ist außerordentlich stark bedröht und von einer sehr rühmigen polnischen Kulturpolitik stark bedröht. Die polnische Kulturpolitik ist, was die Lage anbelangt, besonders in Butzen, deshalb wurde in die „Pädagogische Akademie in Frankfurt a. d. O.“ errichtet, die bemußt als Ostakademie gegründet war. Sie sollte das geistige Zentrum für die Volksbildung der mittleren Ostmark sein. Ihre Aufgabe sollte es sein, im Grenzlande einen bodenständigen deutschen Lehrerstand heranzubilden. In Butzen Frankfurt a. d. O. hat für die Errichtung der „Pädagogischen Akademie“ zum erheblichen Preis bezahlt. Abgesprochen war, diesen Zweck der Akademie durch etwa 1 Million Mark in dem die Bergarbeiter selbst abgelehnt wird, der regelmäßigen Arbeit nachzugehen. Die Streikgefahr scheint damit abgemindert zu sein, wenn es nicht noch zu milden Streiks auf den Gruben kommt, deren Weggeschichten sich zum Teil neugierig einstimmt für den Streik ausgesprochen haben.

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostmarkearbeit deutscher Frauen.

Mitteilungsblatt des Frauenvereines des Deutschen Ostlandes
und der Arbeitseigenenschaft ostdeutscher Frauen.

(Erscheint in monatlicher Folge).



1932

1. Folge

Werdende Mutter.

Ich hab ja oft gemerkt, so viele Nächte,
Wenn andere in des Schlafes dankte Schläpfe
Tief eingesunken waren in gelinder Ruh,
Dann sehnste ich mich der Erfüllung zu.

Erfüllung, lange unerfüllt,
Die ewig hungert, durstet, ungestillt
In jede Stunde mich, in jedes Zeit geist,
Du hast mich nun genug geplagt.

Denn selbste Erfüllung, schönstes Los,
Nacht tief verborgen jetzt in meinem Schoß
Und tief verankert, was ich einst hochgehofft,
Nur noch mein Kind ist meine ganze Welt.

Emilia Görner.

Ingelin.

Von Mia Pötko.

Sie hatte einen ganz anderen Namen. Aber do ihr ährenblondes Haar als kleines Mädchen lockig mar und in ihren hellen Augen der überblick lag, nannte sie die alte Kinderfrau nur „mein Angelke“. Das ist Mithras' Bluttatzen und heißt: „Mein Engelchen“. Dieses „Angelke“ erfuhr viele Abwandlungen und blieb mit dem siebenten Jahre als „Ingelin“ an dem Mädchen haften.

Ingelin hatte keine Spielgefährten. Kein Kind mochte etwas mit ihr anfangen. So lernte sie zu allen Dingen in Haus und Garten zu tun und lernte so auch die Sprache der Dinge. Ihr Reden wurde zu leisen Singen. Angestellt von heimlich erbeuteten Wambren konnte sie den ganzen Sommer lang keinerlei Tourigkeit. Erst dann, wenn die Wärme ihr nacktes Geweige wie trocken und wie liehend in die grauen Gack streuten, veränderte sich ihr Gemüt. Ein Vorstoß trat in ihre Jüge und ein Schrei in ihr Wesen. Weides vor der Spannung, je näher das Weibendstöß kam. War dieses Weibchen nahe, füllte es von innen nach außen die Stille, dann lebte Ingelin auf, so lange, bis wieder die nachfolgende gleichmäßigen Kage in Schone und Eis dies Glänze abblenden, auslöschten. Danach ward sie wieder still und fern und verankert in sich bis in den Februar hinein.

Die Mutter bewachte ihr Kind — dieses dritte und letzte — mit bangendem Herzen. Sie erhoffte viel von der Jungmädchenzeit. Sie wartete und hoffte, wie Mütter tun.

Ingelin war vierzehn Jahre geworden. Ihr Geburtstag fiel in das Zeichen des Wollerrnens. Man sagt, daß alle unter diesem Sternbild Geborenen froh und hehneliche Menschen seien. Gut Ingelin traf das nur teilweise zu. Sie war lautes froh, hehnelich oder konnte sie niemand. Und niemand konnte den Schlüssel zu ihrem tiefsten Wesen.

Auch Särtlichkeiten konnte man an Ingelin nicht. Democh war sie jählich. Sie pflegte mit Hingabe den kleinen, hübschen, zerbrechlichen Hund, streichelte ungeloben alle erreichbaren Tiere. Die Kinderfrau hatte oft beobachtet, wie sie eben erschlößene Blüten in rührender Begehrtigkeit an die Tippen nahm.

Eines Abends fand Ingelin zu einem Buch. Darin fanden Zwiegespräche geschrieben von Pflanzen und Tieren. Eine feine Seele gab darin selbstherrliche Zulammehänge in blühlicher Sprachform. Ingelin erspürte lebend die eigene Heimitlichkeit gegenüber Myster. Und Tier irgendwie bestrahlt. Mit frommem Eifer war sie bemüht, diese Einsache und doch so schwer zu folgende Vermandtschaft zu verstehen, in das Wolten hinein dem Wortgang einzubringen. Sie obnte in Gemütsheit, daß alles Leben reich und heilig lie, und merkte mehr und mehr auf. Doch immer sog die Natur sie an, noch häufiger erstanden ihr Blume, Pflanze, Stein und Tier. Kräftelnd und wunderbar dünkte sie deren Sein. Sie liebte. Sie forschte. Aus auch an sich und in sich. Wäken blieben, Stragen brannten. Wohin damit, mochte? So sprach sich Ingelin ein. Über geletzten Aufgaben löste sie unbedeutlich und wie im Vorübergehn.

Es war tiefer Winter. Dämmerung hing in allen Räumen. Ingelin lag an einer leichten Erkältung mit offenen Augen da, ohne etwas wahrzunehmen. Ihr wurde die Decke plötzlich ganz leicht. Sie fühlte eine laute Wärme über sich hingeliegen, vor der das Bewußtsein für ihren Körper, jaht, glitt in das Unterbewußtsein und fand sich wieder in einer anderen Welt.

Zuerst konnte Ingelin nichts in diesen hohen, unendlichen Hallen, wo die Farben ineinander wogten und das Licht so mild und doch auch so starker Leuchtbarkeit war. Sie fand bekommen auf einem Kreuz

der unzählbaren Pfade dort und mühte sich, das Wehen und emliche Schaffen um sich her zu unterscheiden, irgendeine einjournend. Schließlich erkannte sie in der Wärme die Umrisse einer verborgenen Gestalt auf einem Hocker, die ansehend mit hunderten Händen in des Folgerewirz ringum griff und die feinen und groben Fäden lönderte.

Als nun Angelus Augen rotlos nach einem klaren Bilde suchten, wurde sie von drei kleinen Händen berührt, und beim Umfassen lönderten sie drei Schneckenglockenstimmchen vertraulich an.

Wie süßes Gelächert klangelten ihre Stimmen, fast so, wie das Schrißglockend dabei. Sie sagten lebenswichtig und ein wenig heiter: „Ob du zu uns kommen konntest, ist ein seltsamer und besonderer Fall. Darüber freuen wir uns sehr, denn mit wöllen dich froh machen. Und wenn wir in unserer Vermandlung wieder in eueren Garten blühen, wöchten wir dich haben hören. Wir wöllen es dich lehren und auch das große Liebhaben, denn bei uns hört alle Sehnsucht auf und alles Suchen.“ Es sprach nur eine Schneckenglocke, aber sie dachten und wöllen alle drei dasselbe. Darum hörte Angelus alle drei zugleich reden. Wie sie noch in jellemem Staunen nach einer Erklärung für die Menschenprobe bei Blumen suchte, fanden ankast der Vermuten drei jähliche Mädchen im grauen Miederkleid mit weißer, glöckiger Halskrause neben ihr. Angelus Herz blüßte vor Freude. Leicht und frei nickte sie den Glockenkinderen ihre Einverständnis zu. Und als diese sich nun mit „Seodora“, „Bräufeldis“ und „Armina“ vorstellten, folgte sie ihnen willig.

Seodora blieb vor der emigen, ganz unter Wurzelfasern verborgenen Gestalt stehen und sagte zu Angelus: „Das ist Seodora, unsere Urtrahne, die Wurzelmutter. Sie hat das schwierigste Amt. Denke nur einmal, du müßtest alle Wurzeln der liebsten Erde löndern!“ „Oh“, rief Angelus erstarrt, „das könnte ich nie.“

Bräufeldis nahm begütig ihre Hand und führte sie vor die aufgeschichteten Samenkörner, an denen übereinander die Eltern der drei Mädchen — Erdmutter und Erdmann — hantierten. Zu den beiden hatte Ingelin gleich ein großes Vertrauen. Weider Gefühler waren überhelt von einer tiefen Klarheit, wie die Menschen auf den Heiligenbildern alter Meister. Erdmutter und Erdmann lönderten Ingelin zu, legten sich aber nicht froh, denn es war kein Augenblick zu verläumen, sollte ein jedes Samenkörnerlein zur rechten Zeit an rechten Ort aufliegen.

Ingelin war erschüttert angehts dieser Samenberge und sah noch einmal über nach der Abse Groa zurück, deren Jüge so vermeister lönderten und doch so beflammt waren, wie ein in Holzgeschlitztes Bild.

Armina empfand den übermäßigen Eindruck, daß des Weben die Unterwelt auf Ingelin mochte, mit und geleitete sie sonst in das nahe, flutende Barbenmeer jenseit der gelbden Wäken. Sie gelingenen Rosen träumten hier Krösus, Weichen, Aurikeln, Himmelschiffel, Anemonen, Veerblumen und noch viele andere Strüblingsgeschmüder, deren Namen Ingelin nicht konnte. Sie waren alle in die Gebärde des leise Schlafenden gebannt. Um Wäterführten traf Ingelin alle späteren Blumenkinder, wie sie in den Gärtchen dabei einander folgten. Zur viel, viel Schöner waren sie in jeder lebenden Pflanz, und viel bezauberter empfand sie die Sternform jeder einzelnen Blüte bei allen aufeinanderfall.

Sie schritten weiter, immer weiter. Seodora und Bräufeldis voran, Armina und Ingelin hinterher. Angelus Augen haßten an dem entzückend unmühtigen Antlitz Arminas. Sie wöllte ihr gern etwas sagen, das die innige Zugehörigkeit ausdrückte. „Du trägst meine Sorgen“, flüßerte sie Armina zu, „Grün und Weiß, so ist mein Dirkenkleid.“ Zur ist das Rücken reich und das Mieder grün, aber eine weiße Krause am Halsauschnitt hat es auch.“ Armina verstand. Sie zeigte lächelnd auf ein sehr schlankes Mädchen in dem eben geschätztem Gemach und sagte: „Also genau wie Dirkinen!“ Ingelin bewachte froh. Und nun fanden sie an der Brücke, die sich über ein marmelades Wasser schwang. Ingelin sah in das Wasser, sah ihr Bild in den Wellen und verstand ihr Gemurmel. Die Wellen bericheten vom Wetter auf der Erde und welche Wurzeln, Samen und Blumen an der Reihe waren. Alles wußten sie. Ingelin konnte ergreifen.

An beiden Seiten des eiligen Wassers standen plöndend alle Bäume der Heimat. Birken und Weiden, Kollanien, Pinden, Pappeln, Eichen, Buchen, Eichen, Akazien, auch allerlei Obstbäume und das viele Gelächter, jedes launend eingebettet, und jeder Vorbeifahrt für ihr grünes Summerlein. Aber Ingelin vermählte die Redebäume, die herrlichen Föhren ihres Waldes und ihre Orgeln und Raufen, wenn der Ostwind ging.

Bräufeldis gemachte Angelus Wendung und sagte anlöndelnd: „Hier ist, monach du dich eben sehnst, hier ist ewiger Strübling. Auch im ewigen Strübling zu leben ist eine schwierige Aufgabe.“ Da kam ein Heimweh über Ingelin. Sie blüßte seitwärts auf die unendlichen

Seidbreiten und die abgetretenen Beete, für die Gerächsel bestimmt, die man eben linksint' nennt. „Das Unkraut ist auch Aufgabe“, unterwies Brudselb tiefsinnig.

Jenseits der Brücke lagerten Wägen, türmten sich Berge und Sellen. Auf dem reformirten Pfad dahin, der Angeln wie ein Empfangsbande, heilig und unbetretbar, kam ihnen ein Jüngling entgegen. Unheimlich seine Augen und sein Haar, aber beides von unbefriedlichem Glanz. Sein Gang war ein heiterer Rhythmus, der sich den Wägen mittheilte und in Melodien ausklang. Alle Verleider schritten in Eckt und Cant heran. Und doch war dieses Jünglingsbetreten reine Harmonie.

Angeln erbeute. Ihr mozt, als fröhne ihre Seele, die jungen Jüngling ohne Vorbehalt entgegen, mit der Urfreude, die sie abend geliebt und nie gefunden. „Als wäre in ihm, in seiner Erscheinung, seiner Wirklichkeit ihr Leben aus Anfang und Ende beschloßen. Sie meinte vor Glück.“

Die drei Jübtretinnen oder unarumten Angeln und jauchzten: „Ache, lache doch, glückliche Angeln, du siehst Gungwed, kleine Schwelber, lauchter! Angeln schloß die Augen und umschlang ein Rosenkranzchen. Da wußte sich ihr Gungwed in brüderlicher Herrlichkeit. Ihn Erregung erbeute ab unter seinen herrschenden Werten: „Angeln, du siehst Korbin aus dem Ofenland, wofür ich erst so spät kommen und so kurz verweilen darf, miß! Du darfst in die Unterwelt und darfst hier die Oberwelt schauen. Unnütten beider liegt der Erdentruer mit seinen Menschen und Tieren. „Du hast ein Blumenleben gelebt bisher, darum mußt du zu uns kommen. Hier wird dir tiefstes Geheimnis kund und der Kreislauf aller Dinge. Auch die Pflicht gegen alles Leben wird dir hier kund sein. Einmal wird es dir offenkundig. Vergiß das nicht, du liebe Angeln, gehe hin und bebi' leb!“ Gungwed küßte sie und umschlang.

Die drei Schwelber führten sie auf die Anlei, die in ewigem südlichen Frühling stand. Da leuchtete vor allen die indische Iris, die blaue Märchenblume in unlagbarer Schönheit und Kraft. Angeln schaute in das brennende Wäben, in die flommende Lebenslust dieser Geklawter, die in ihrem Dasein Unermessliches leisteten an vollkommener Entwicklung u' spendender Freude, und die doch hingängen aus einem Leben in das andere, ohne Suchen und Fragen, wissende Erträge der Ewigkeit. Angeln folgte die Hände und erstarrte fast über die große anstehende Schlucht nach einem eigenen Kallorien. Sie wollte auch kühlen und mehlern und reifen und sich freuen. „Ja, sie wollte gleich oben damit anfangen und sich nur schnell von dem Kleeblatt verabschieden. Aber sie erwachte vorher im Dämmer ihrer Eisebelüste und ging erinnernd noch einmal den fernem Weg zurück.“

Angeln wurde schnell gefeiert, ganz gefeiert. Alle stürzten die Umwandlung. Sie reigte fleißig die Hände, sang und lachte durch das Haus, noch ein Wirbel. Kur manchmal, im Schimmer, bekamen ihre Augen noch den überblick, aber es war keine Fremdenheit mehr darin.

Die Mutter gläubte ihre Gebete erhört. Sie glaubte, Angeln's Jungmädchenzeit beginne jetzt, denn sie war erwaschen in allen Sinnen und kam. Alle abgedankten Sinnen in Mutterherzen begehrten wieder zu kühlen. Ihr eigenes Leben rief wieder: „Kautaler!“ Sie begann ihr Cello zu stimmen, und bald sangen beide, die Mutter und das Cello: „Aach“.

Sieben Jahre vergingen. Niemand wußte von Angeln's Traumerlebnis. Ein Wandern und Warten war in ihr geblieben, aber es war kein Bestimmbares dabei, nur ein Sehnen nach Fülle und Reife, nach Schicksalshaftigkeit.

„Wieder fliegen die hellen Tage vergan. Angeln wandelte in der Mittagszone fruchtbar Gartenleise auf und nieder. Immer sah sie bei der Bewegung zu der jungen Birke hin, nach dem braunen Schilf, die ihrer Krone. Sie legte das Ohr auf den weichen Post und lauschte, ob nicht schon der Lebenslaut aus der uralten Erde zu den braunen Ruten emporsprebe.“

„Lassen, grüner Kafen“, dachte Angeln und blickte nieder, zugleich einen leisen Schrei des Verwandern ausloshend. Denn zu ihren Füßen spühlten sieben drei Schneeglockchen die dunkle Erde ab und löschten sie in altertrauter Anigkeit an.

„Schwehern, meine Schwelberchen“, rief Angeln in hoher Freude aus. „Jodoral, Brudselb, Armin!“ Und wie in überglühendem Begreifen des wahren Zusammenhangs schändete sie: „Se — Wren — Ar!“ Sie kniete nieder und küßte die weichen Blüten in seliger Dankbarkeit und verweilte lange halbwegs bei ihren Geführräumen aus dem einmaligen Trausalend.

Eingehüllt von Wahrheit und Traum wandte sich Angeln dem Hügel zu. Nur jetzt nicht reden müssen, müßteste sie stöhnerhaft.

Mitten auf dem anstehenden schmalen Inweg hatte Angeln ein Gesicht. Sie sah Gungwed auf der Ruppe lüchlerlos leben und wie segnend die Arme nach ihr hindreitend. Ihr Herz erstarrte stark. Sie stand an ihren Schritt gebannt, wie erscharrt. „Wieder geist, lag der Hügel louschselosen und in stummer Erbebenheit wie ein Opferstätte.“

In diesem Augenblicke wurde Angeln der Sinn aus Gungweds Worten offenkundig. Auch vorlund sie nun Brudselb „Aufgaben“ bei Unkraut und ewigem Frühling. Immer mehr Erkennen tat sich auf, immer heller wurde der Pfad. Und — immer — steiler.

„Kommt, o Leben“, bat Angeln, „lobe mich nun.“ Und schon im gleichen Mond begab das Erleben. Und der Sehnur blieb ihr Schicksalshaft gefeiert.

Weißt Du, was es heißt, erwerbslos zu sein?

In den ersten Schritten meines Mannes auf der Treppe hörte ich es schon, daß ihm Tagergewöhnliches widerfahren ist. Schanz' reibe ich mir die Backen etwas rot und mache ein freundliches Gesicht.

„Ich muß mich vorstellen“, sag mein Mann höflich.

Erzödem er sich während seiner mehrjährigen Arbeitslosigkeit jeden Tagende Male ohne Erfolg vorgekehrt hatte, klang Hoffnungslosigkeit aus seinen Worten. Ich werde von keiner guten Stimmung angefaßt und beileibe nicht, ihm zu helfen. Sauber ausgebüßelt und in Schminke eines frischen Kragens mocht er sich auf den Weg.

Auf der Treppe minkte ich ihm nach. Aber ein dunkles Nagelgüßel in mir bewegte ich kaum zu überwinden. Ich fürchte eine neue Enttäuschung, die in Gehalt einer Aufgabe meinen Dank treffen könnte. Er ist mehrmals im Laufe verordnet worden und verfiel nicht auf die härteste Kerren.

Es ist fast elf Uhr, und ich weiß nicht, was ich heute Mittag auf den Tisch stellen soll. Morgen erst erhält man seine wöchentliche Unterstützung, und 24 Stunden sind eine lange Zeit. Ramentlich für Menschen, die nichts zu essen haben. Ich überlege, was ich meinen bedürftigen Kindern als Mittagessen gebe.

Für das Jüngste habe ich etwas Milch und Reis.

Ich werde einen Brief machen, vielleicht werden beide Kinder danach satt. Mein Mann und ich werden wohl bis morgen warten müssen. Aber das ist weiter nicht so schlimm, weil ich schon etwas aus dem Hungern genöthigt.

Für die Kinder aber ist es eine große, unerträgliche Grausamkeit, schon so früh vom Leben entsetzt zu werden, und es erfordert eine übermenschliche Energie, sie nicht an den dornigen Brutalitäten, die das tägliche Leben begleitet, teilnehmen zu lassen.

Die Höhe der Unterfrühling.

die mein Mann für seine eierköpfige Familie erhält, beträgt etwa 16 M. monatlich. Das ist nicht vernünftig, und ich verbrachte mich immer den Kopf mit der Wohnung und dieser Summe beizutreten soll. Mit 16 ist es ein Pöfel, was sich die Gießtöber gebührt haben, als sie die Unterfrühlingssätze auskubeln. Entweder bezahlen sie selbst keine Miete, oder sie bescheiden in dem guten Glauben, daß die erwerbslosen Väter mit ihren Familien auf dem Bäumen nisteten.

Beginn Mittag kommt mein Mann heim. Ich fange ihn draußen an der Treppe ab. In seinem Gesicht lese ich schon das Resultat:

„Ich bin zu alt“.

„Ist er in einem unglücklich bittren Tag, der mir ins Herz schneidet. Der ewige Kampf mit dem Leben macht meinen Mann allmählich stumpf und müde. Er leidet furchtbar darunter, weil er mich und die Kinder leiden sieht, ohne uns helfen zu können. — Das ist ja die Tragik unserer Zeit. Die Männer über vierzig sind zu alt. Sie gelten als verbrauchte, und man wirft sie von allen Eifen. Derselben Männer, die uns in einem langjährigen, blutigen Ringen den Feind aus dem Bunde gehalten haben, die es mit ihrem Veriben verdimbert haben, daß Deutschland in einen rauschenden Erinnerungsraum verwanbelt wurde — dieselben Männer, denen man den Dank des Vaterlandes in allen Komarten verspricht, sind heute zu alt.“

Es glückt meinem Manne nicht immer, seiner seelischen Zerfalleneit völlig Herr zu werden. In solchen Augenblicken behauert er es, daß er nicht draußen bei seinen Kameraden in irgendeinem Mollenarab liegt. Ich fange an, es ihm nachzufühlen, und glaube selbst daran, daß die toten Soldaten den besseren Teil genöthigt haben.

Abends bringe ich meine Kinder zu Bett und spreche mit ihnen das gewöhnliche Nachtgebet. Sie knien, wie immer, mit gefalteten Händen im Bett und sprechen mir geborben nach. Bei der Stelle:

„Herr täglich Brot gib uns heute“.

fühle ich ein Stechen in der Brust. Ich weiß, daß die Kinder heute nicht satt geworden sind. Ich weiß, daß ihnen ihr tägliches Brot zu karg zugemessen wird, und kann nicht umhin, die Varmherzigkeit der Menschen zu beneideln. Ich kann es verstehen, daß die unausbleiblichen Folgen der deutschen Armut irgendeinem aufgebühdert werden müssen. Aber daß gerade die unglücklichen Kinder das maßlose Leid tragen sollen, daß man ihnen die Cost des heutigen Glends auf die schmalen Schultern legt, empfinde ich als eine Grausamkeit.

Selbstamerweise bringe ich in jeder Zeit nicht mehr die Kraft auf, mit voller Andacht meinen Kindern das Gebet vorzulesen. Und doch habe ich stets geglaubt, daß nur Bedrängte und „Bermittelte ebrlich und echt zu ihrem Herrgott zu beten vermöchten, um Brot und Hilfe zu erheben. Ich glaube aber daran nicht mehr, ich glaube vielmehr, daß ein Satter nie andächtiger und gerühmter beten kann als ein Hungeriger, der seine in alle Winde verflatternden Gedanken erst sammeln muß und dadurch unweigerlich den Jaden verliert.

Seit kurzem bekomme ich des öfteren leichte Schwindelanfälle, die mit einem dumpfen Kopfschmerz verbunden sind. Denn meine ich zu schweben, und ich sehe nur noch wie durch einen trüben Schleier, wobei fast jedes Denken ausgefaltet ist. Mein Mann sagt, das

leben die untrüglichen Anzeichen beginnender Unterernährung, und bitter mich infandig, doch morgens ein Gefäß Milch zu trinken. Ich verstrebe es, um ihn zu beruhigen. Was ist ja ein Mann zur Welt? — Ich kann doch nicht Kindern nicht das bißchen Milch wegstreichen. Die Kinder müßen doch leben, die haben ja noch das ganze Leben vor sich, und ich habe mein Leben schon hinter mir — mit dreißig Jahren. — Wohl kann ich mir denken, daß ein Volkungsmitglied, beispielsweise ein Krieg oder eine Hungersnot, vom ganzen Volke gemeinsam getragen werden kann. Aber das ungeborene Kind der gegenwärtigen Erwerbstätigkeit, das Millionen deutscher Familien, aber nur einen Teil des Volkes heimführt, muß auch von jeder betroffenen Familie bis auf die Krüge ausgetrunken werden.

Es sind die kleinen, alltäglichen Widerstände des Lebens, die sich zu einer einzigen riesigen Sackgasse zusammenballen und den Hausbalk eines jeden Erwerblosen zu erdrücken drohen. Dinge, die im normalen Leben selbstverständlich sind und fast lächerlich erscheinen, werden zu kleinen Tragödien und wirken wie schwere Schicksalsfäden. Mit klopfendem Herzen und jittersnden Händen gehe ich am Ersten des Monats

meine Miets her und habe am anderen Tage nichts mehr zu essen.

Ich kann mein Köcherchen nicht zur Schule führen, insofern mein Mann sich mit ungeklärten Händen bemüht, die zerfallenen Stiefel zu flicken. Mit Gramer lebe ich die Rückzeit meiner Kinder zu kurz werden und die immer und immer wieder gelassenen Strenge zu genießen. Bei der geringsten Ausgabe, die eine unbedingt notwendige Reueausführung erfordert, tritt das graue Gelbste über die Schwellen: „Kein Brot im Hause.“

Die Hütte ist gelagert und es nie für möglich gehalten, daß das Leben, das einfache, nackte Leben so reich an Sorgen sein könnte. Ich bin tapfer und versuche, mich handhabt gegen alle Widerwärtigkeiten zu stemmen, aber das Leben der Not buidet keine Widerstände, es trampelt alles erbarmslos nieder unter Demütigung seiner härtesten Waffe.

der Kleinen Zeit.

Eine stillig begangene Not läßt sich ertragen, weil sie der Hoffnung freien Ausblick gestattet, aber eine stillig begangene Not wie sie hier bei den Säuglingen der meisten Erwerblosen herrscht, ist ein Granitblock, an dem einmal der härteste Lebenswille scheitern muß.

Ich schlucke die aufsteigenden Kränen tapfer hinunter.

Drüben im Zimmer sitzt einer, der es nicht zu hien braucht, daß im 'so' was ein 'so'ne.

Er trägt die wenigste Schuld und leidet am meisten. Er trägt keine Schuld daran, daß er zu Unlängigkeit verurteilt ist und mit gebundenen Händen blutenden Herzens stehen muß, wie seine Familie langsam und stetig abgerichtet in eine ungemessene Tiefe, aus der wieder emporkommend aber noch ungewisseren Zukunft überfallen werden muß.

Die heutige Entscheidung muß meinem Manne sehr unangenehm sein. Er ist am Tisch und ist unzufrieden. Die Hände hat er unter seine Knie gefaßt und starrt unermüdet in die Leer. Ich möchte ihm gern etwas zu essen geben, aber ich habe keinen Willen mehr im Hause. Morgen gibt es erst die Unterfütterung — morgen — ja morgen. Ich höre meinen Mann sprechen, ganz deutlich sprechen. Ich verleihe jedes Wort, aber es klingt so fern, so ungeborenen fern:

„Es ist wohl das beste für uns alle — wir machen Schluß.“

Der Sob lebt im Raum, groß und schwer. Es ist mühsamstil. — Ich möchte etwas antworten. Ich kann es nicht. Ich bin so müde . . . Schluß machen . . . Schluß machen.

Ich spüre ein schwaches Herzklopfen zwischen bebängungsloser Zustimmung und fluchtbarer Angst. — Am nächsten Augenblick hänge ich meinem Mann am Hals und weine — weine hemmungslos. Er läßt mich weinend, drückt mich an sich und — lächelt. Es ist ein verlegenes, hilfloses Lächeln. „Aber er lächelt und schüttelt wortlos den Kopf. So schmeigen wir beide

und denken an unsere Kinder,

die drüben im Zimmer friedlich dem Morgen entgegenzuschlummern.

Ich liege noch lange wach und begriffe das Geschehene nicht. Vielteufel werde ich es nie begreifen. Aber eines ist mir in der vergangenen, furchtbaren Stunde eingedrungen: Ich habe Pflichten, die ich erfüllen muß, und diese Pflichten sind es, die mir das Recht verweigern, mein Leben fortzuführen. So muß ich den schweren Kampf um das Dasein weiterführen, gleichgültig, ob ich Sieger bleibe oder unterliege. Ich habe je nicht allein in diesem Kampfe. Meine Kinder lieben mich, mein Mann liebt mich, und vielleicht . . .

vielleicht hat auch das Leben — ein Erbarmen.

S. P. 205.

Zahlen zum Nachdenken.

In den letzten Jahren der Vorkriegszeit gab Deutschland für Alkohol im Jahr etwa 2 Milliarden M . aus, in der Nachkriegszeit wurde die Ausgabe und betrug im Rechnungsjahr 1928/29 fast 5 Milliarden. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen im Jahre 1914 etwa 60 M . im Jahre 1928/29 fast 80 M . Dabei ist die große

private Obst- und Branntweinverzehrung sowie die Klein- und Schwarzbrannterei noch nicht erfasst. Im Jahre 1921 wurden auf den Kopf der Bevölkerung 34 Liter Bier verbraucht, im Jahre 1928 80 Liter. Seit 1933 wuchs sich ein geringer Rückgang bemerkbar, der allerdings wohl weniger auf bessere Erkenntnis und auf die Arbeit der Entsalzungsanstalten, als auf die wirtschaftliche Not zurückzuführen ist.

Für Alkohol und Tabak wurden in Deutschland im Rechnungsjahr 1928/29 etwa 2 Milliarden M . ausbezahlt. Soviel kauft das arm und kleiner gewordene Deutschland sich „Leuten“ zu können!

Dementsprechend stieg die Zahl der Alkoholkranken dauernd. Nach den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich wurden Alkoholkranken in Krankenhäuser und Heilanstalten eingeliefert bzw. dort verpflegt

im Jahre 1923	etwa 8000
„ 1928	über 21000

Die Zahl der Strafhandlungen, die vorwiegend unter Alkohol-einfluß begangen wurden, namentlich Raubtatsverbrechen ufm., stieg ebenfalls stark, und zwar von etwa 48000 im Jahre 1925 auf etwa 61000 im Jahre 1927. Verhältnismäßig groß ist die Zahl von Zeugnisaussagen in den Trinkerfürsorgestellen.

Der Alkoholverbrauch in Deutschland kostet uns somit nicht nur jährlich 5 Milliarden M .; auf sein Konto sind auch die Unzahl von gesundheitslichen, sozialen und ethischen Schäden zu legen. Zahlreiche Krankenhäuser, Krüppel-, Sitten- und Irrenanstalten mit ihrer kostspieligen, von der Allgemeinheit zu tragenden Inflation verdanken dem Alkohol ihr Dasein. Bekannt ist der verheerende Einfluß des Alkohols auf den Rechtsbewußtsein; bekannt ist weiter, daß zahlreiche eigentlichen Erkränker, dem Alkoholkranken und -verbrecher steht das Heer der Frauen und Kinder, steht eine Fülle von menschlichem Elend, gegen die Kulturentwicklung und Christentum wachlos zu sein können.

Der Präsident des Reichsregelungsausschusses Dr. Hamel sprach auf dem Sozial-Hygiene-Kongress in Dresden u. a. die folgenden Worte:

„In den Reichsstatistiken und Hauptrechnungen gehört auch die Zunahme des Alkoholverbrauchs und der damit unangenehm häufig hervorströmenden Erscheinungen des Alkoholismus, der sich seitlich wiederum zu einer steigenden Ausbreitung der Schwandkrankheit durch die Alkoholkrankheit führt. In diesem Zusammenhang muß auch auf die in die nächste Zukunft der üblichen Preissteigerungen hingewiesen werden, die in einer Weise auf die im Grunde nicht mehrdenkbar Verschärfung der Lebensverhältnisse führt, bei denen schließlich Alkoholgenuss leider nur zu häufig im Zuteil ist. Neben dem tödlich Fernwirkenden steht das große Heer derer, die durch Unfälle zum Krüppel geworden sind.“

Wer angesichts solchen Tatbestandes vaterländische und menschliche, aber auch ökonomische Ausbehalten freieren will, muß einen Blick tun in die Zeitgeschichte des Deutschen Reiches gegen den Alkoholismus, Berlin-Dahlem, der nicht nur durch Aufklärung, sondern auch durch seine Wanderausstellung und durch gänzlichlose Frühverwertung profitorische Volkstumsarbeit leistet.

Dr. E.

Einß . . .

- Einß lauchten unsre Augen ineinander —
- Ein Stückchen blauen Himmels sah ich in den deinen.
- Es leuchtet — trotz der vielen schwarzen Wolken —
- Ein warmer Strom ging einß von deiner Hand zur meinen.

- Es war ein Tag, an dem mich deine Lippen küßten —
- Ich gab dir meine ganze Seele — gibt es denn noch mehr? —
- Ich fühlte deines Herzens rasches Pochen — —
- Wie ist das alles lange — lange der —

Benifa v. Grimauu.

Glück.

- Durch tiefes Schweigen einer Winterstunde
- Sich leise tastet meines Kindes Kallen,
- Und seine feinen Äste sollen
- Wie Nadeln, die noch fernher wachen,
- In meiner Kränne dunkle Macht.

- Da fröre ich, als könnt' ich's leben,
- Wie mich berührt des Glückes Saum.
- Ich höre meines Kindes Atem gehen
- Wie eines Frühlingseinweilens Wehen.
- Und eine Ansel lang in meinem Traum. —

Gertrud Waldschütz.

Die neue Osthilfe.

Von Reichsminister a. D. Prof. Dr. Molkenbauer, M. d. R.

Die Reichsregierung hat den dritten Versuch unternommen, der großen Verengung der öffentlichen Landwirtschaft zu steuern und damit unbedingt notwendige nationale Arbeit im Osten zu leisten. Der erste Versuch war, wenn wir von den Vorläufern der Ostpreußenhilfe absehen, das Osthilfegesetz vom April 1931. Es lag vor, daß erzielbare Mittel für die Entschuldung des Ostens zur Verfügung gestellt werden könnten in den nächsten Jahren für 200 Millionen RM, aus deren Indultrentumlage 100 Millionen RM für die Sicherung der Rentenbank und der Preußenhilfe in Höhe von je 100 Millionen RM. Weitere Mittel hoffte man auf dem freien Kapitalmarkt aufbringen zu können. Man gab sich gleichzeitig der Hoffnung hin, die 500 Millionen der Indultrentumlage, wenigstens zum größeren Teil, vorfinanzieren zu können, so daß man für das Jahr 1931 darauf rechnen, mindestens über einen Betrag von 500 Millionen für die Umschuldungsziele verfügen zu können. Erfolgversprechende Verhandlungen über die Vorfinanzierung waren bereits mit dem Ausland, insbesondere England, eingeleitet. Hoover-Jahr und Bankkrise haben aber diese Verhandlungen zusammenbrechen lassen. Die Preußenhilfe verliefte vollkommen. Die Rentenbank verlor wenigstens 50 Millionen. Der freie Kapitalmarkt blieb versteinert. So blieben außer dem Kredit der Rentenbank nur 70 Millionen aus der Indultrentumlage über, von der ein erster Teil im August fällig wurde. Organisatorische Schwierigkeiten waren zu überwinden, Offstellen, Preußenhilfe und Indultrentumlage organisierte neu, um durchsichtiger, leidet auch vielfach gegenwärtig. Ein schwerfälliger, kostspieliger Apparat entstand. Nur sehr langsam ging die Arbeit vorwärts. Nur sehr dürftig flossen die Mittel. R. d. d. den hochgeprägten Erwartungen trat große Enttäufung ein.

Ein neuer Schwung kam in die Entwicklung mit dem Augenblick, als der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen, einer der Führer der pommerischen Landwirtschaft, in das Kabinett eintrat und zum Ostminister ernannt wurde. Die Trennung von der Preußenhilfe wurde vollzogen, die Mitwirkung Preußens in der Osthilfe, die kein Geld, wohl aber Trager und Mitarbeiter der Arbeit brachte, hörte auf. Die Bank verlor die Außenorganisation möglichst früh aufzugeben, aber so, daß die Umschuldung mit aller Sorgfalt vorgenommen wurde. Aber Geld war damit in größerem Umfang immer noch nicht vorhanden, während auf der anderen Seite die Not größer wurde. Da griff Schlange-Schöningen mit der viel umstrittenen Rotverordnung vom 17. November ein, die das Sicherungsverfahren brachte, dem Landwirt, der sich diesem Verfahren unterwarf, die Schuldenbindung lösbare, andererseits zum Ostminister, das Recht zu geben, die Darlehen aus dem Kapital- und Zinsabwertungen vorzunehmen. Mit den Gläubigerrechten war recht willkürlich umgegangen. Man verweigerte sich damit, daß im Falle einer Substitution die Gläubiger überhaupt ausgeschlossen wären, im übrigen damit, daß Not kein Gebot kenne und in diesen Krisenzeiten es keine wolverordneten Rechte mehr gebe. Eine Ergänzung erlaubte diese Sicherungsverordnung durch die große Rotverordnung vom 8. Dezember 1931. Denn die hier vorgesehene Zinsenkürzung für langfristige Darlehen beruht auf die öffentliche Landwirtschaft und erleichtert die Entschuldung.

Zum Schlimmen dringender die kurzfristigen Kredite zu sein, die von der Zinsenkürzung nicht betroffen werden und deren Rückzahlung andererseits die Gläubiger, Großrentenbesitzer, Händler, Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen, Banken, in große Schwierigkeiten brachte. Der gewerbliche Gläubiger erhielt auf der einen Seite von der Landwirtschaft keine Zahlungen mehr. Auf der anderen Seite sahen die Großbanken ihre Kredite zurück, weil, wie richtig bemerkt worden war, die Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 nur von den Landwirten die das Sicherungsverfahren in Anspruch nahmen, eine vorübergehende Erleichterung brachte, im übrigen aber die Kreditverhältnisse des Ostens auf schwerste erschütterte. Man sah ein, daß mit dem Sicherungsverfahren allein das für die Entschuldung ausgiebige Geld nicht zu erstem war, daß, wenn die ganze Umschuldungsaktion nicht löslicher werden sollte, auch unzulässigen politischen Schwächen herbeiführen sollte, etwas geschehen müsse. Man dachte nach daran, die alten Rentenbankobligationen wieder aufleben zu lassen. Man wollte 800 Millionen Rentenbankobligationen ausgeben, für deren Verzinsung die Landwirtschaft des Ostens aus neue mit Rentenbankzinsen in Höhe von 1 v. H. belastet werden und deren Amortisation im wesentlichen aus der Indultrentumlage vorgenommen werden sollte. Der Plan scheiterte glücklicherweise an dem Widerspruch der noch lebenden landwirtschaftlichen Betriebe des Ostens, die sich zurecht begeben wollten, daß sie uns nicht selbst tunnen werden sollten, wenn man ihnen helfe, die schloßter als je gemischt hatten. Vor allem aber schärferte der Versuch an der Weigerung der Reichsbank, diese Beträge zu lombardieren. Man suchte einen anderen Weg und glaubte ihn in den Beschüssen vom 5. Februar (über die unten berichtet wird. Schluß), gefunden zu haben.

Die Frage ergibt sich, ob mit diesem Vorgehen das Problem gelöst wird. Nach den Regierungserklärungen nimmt man an, daß die kurzfristige Verlebung Milliarde RM beträgt, es also möglich ist, in der vorgesehenen Zeit von einhalb Jahren 60 v. H. dieser kurz-

fristigen Kredite umzufahren. Da nicht alle von diesem Verfahren Gebrauch machen werden, kann im Einzelfall sich eine höhere Quote ergeben. Ob diese Verzahnungen stimmen, entzieht sich meiner Beurteilung. Man scheint auf die Umschuldung der langfristigen Kredite nach der Zinsenkürzung nicht mehr entscheidenden Wert zu legen. Dazu kommt, daß der Ostminister an sich das Recht zur weiteren Zinsenkürzung behält. Man wird nur das Bedenken anmerken müssen, daß in sehr schnellem Tempo eine außerordentliche Entschuldung durchgeführt werden soll und dies nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, nicht geht, wenn man bei der bisherigen Sorgfalt und kaufmännischen Seherung verbleibt. Damit besteht die Gefahr, daß auch in solchen Fällen eine Entschuldung vorgenommen wird, in denen der Betrieb nicht als entschuldungswürdig betrachtet werden kann und das neu hineingeketzte Geld schnell wieder verloren ist. Man hat die Wahl zwischen sorgfältig, aber langsam und — dem Gegenteil. Man scheint sich wegen der wirtschaftlichen Not und vor allem aus politischen Gründen, um der immer höher zunehmenden Radikalisierung der Landwirtschaft des Ostens zu wehren, mehr für die zweite Alternative zu entscheiden. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn sich dann auch die Folgen dieses Weges eines Tages zeigen.

Der Leidtragende dieser Regelung ist, wie bisher bei der Osthilfe, der Gläubiger. Nicht nur, daß der Ostminister das Recht der Kapitalabwertung und damit, wie der Minister Schlange-Schöningen in der Preußenhilfe hervorzuheben hat, auch die Möglichkeit hat, der Gläubiger zu einem für ihn sehr ungünstigen Vergleich zu zwingen, sondern der Gläubiger erhält nur ein Teil bares Geld in die Hand. Er wird im wesentlichen mit den Entschuldungsbriefen der Pommerischen Rentenbank abgefunden. Die Frage ist nicht also dahin zu, in welcher Weise er diese Entschuldungsbriefe erwarten kann; denn er wird kaum in der Lage sein, sie bis zum Jahre 1935 oder 1938 in den Kassen zu legen. Die Reichsbank hatte sich ursprünglich geneigt, die 800 Millionen Rentenbankobligationen zu lombardieren. Sie steht der Frage der Lombardierung der Entschuldungsbriefe, wie mit Sicherheit verstanden, günstiger gegenüber. Aber in welcher Umfang der Markt aufnahmefähig ist, und wie groß das Disagio sein wird, läßt sich nicht sagen. Bei der Geldbedürftigkeit der Gläubiger wird mit einem starken Anstieg an den Markt zu rechnen sein; das bedeutet aber die Gefahr eines sehr großen Disagios. Was scheint auch die Regierung zu empfinden. Sie hilft sich, wie erwähnt, mit der Bemerkung, daß in anderen Jollen der Gläubiger noch mehr bereite. Sie überläßt aber die psychologische Wirkung, die immer eintreten muß, wenn ein Volksteil zumungunsten eines anderen lainiert wird, mit dieser Zeit in der Osthilfe mit der Landwirtschaft zumungunsten der Gläubiger erfolgt.

Die Befürchtung, die man anfangs hegen müßte, daß eine Änderung an der Organisation eintritt, scheint nach den mit geworbenen Informationen nicht begründet. Die letzte Entscheidung über die Umschuldung bleibt noch § 27 Abs. 3 des Osthilfegesetzes bei der Indultrentumlage, während die treuhänderische Verwaltung der gegebenen Hypotheken im Einvernehmen mit der Rentenbank erfolgen soll. Die Indultrentumlage wird ihre ganze Kraft dafür einbringen haben, daß sie nicht aus politischen Gründen in eine andere Behandlungweise der Umschuldung gedrängt wird. Sie ist hat für den größten Wert auf sorgfältige Beurteilung der Umschuldungsunterlagen gelegt. Die Bank hat aber nicht nur die Aufgabe der Umschuldung der öffentlichen Landwirtschaft. Sie soll auch nach den gesetzlichen Bestimmungen mit den ihr für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mitteln dem Gewerbe und insbesondere dem-gewerblichen Mittelstand Kredithilfe leisten. Sie wird bei ihren Maßnahmen nicht vergessen dürfen, daß aus dieser Doppelfunktion die für die besondere Aufgabe ermöglicht auf der gleichen Zeit der Schuld- und Gläubigerinteressen besteht zu sein. Sie vertritt gegenüber den politischen Strömungen in der Regierung und besonders der Offstelle in erster Linie den Standpunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit.

Offstille-Entschuldungsbriefe.

Zur Kabinettssitzung vom 5. Februar hat das Reichskabinett eine „Verordnung zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfsgebiet“ verabschiedet, um die weitere Sanierung der Osthilfe auf eine sichere Grundlage zu stellen und eine beschleunigte Durchführung der Entschuldungsarbeiten — in etwa 1—1½ Jahren — zu ermöglichen. In der Verordnung ist vorgesehen, daß die Osthilfe im Osthilfsgebiet in zwei Stufen abgearbeitet werden können. Diese Entschuldungsbriefe werden von der Deutschen Rentenbank, Abteilung Osthilfe, bis zur Höhe von 500 Millionen auszugeben, mit 4½ v. H. verzinst und in Höhe von rund 500 Millionen im Rechnungsjahr 1935, mit dem Zielbestand im Rechnungsjahr 1938 eingezahlt. Zur Verzinsung und Einlösung werden verwendet die Aufbringungsumlage der gemeinnützigen Rentenbank, die Kreditabwertungen und die Zins- und Tilgungsbeträge der Entschuldungsbriefe Hypotheken, die in Höhe der ausgegebenen Entschuldungsbriefe

auf den entsprechenden Grundbüchern eingetragen werden. Ferner ist die Bildung einer Ausfall-Rücklage für Zins- und Tilgungsbeträge der Entschuldungs-Hypotheken vorgesehen, und zwar aus den Jahresleistungen der Hypotheken, ohne daß Kontenbank-Grunderlöshilfen wieder erhoben zu werden brauchen. Außer den Entschuldungsbriefen haben für die Durchführung der Entschuldung Vorkonten für die Höhe von 100 Millionen zur Verfügung, deren Aufkommen überwiegend ist. Die danach für die Entschuldung bereitgestellten Beträge von rund 600 Millionen reichen nach genauen Schätzungen aus, um den Entschuldungsbedarf im Offizielgebiet zu decken.

Oftwohl die oben ausgegebene Einlösungszeit der Entschuldungsbriefe verhältnismäßig sehr kurz bemessen ist, wird den Gläubigern auf Grund eingehender Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Bankanstalten die Möglichkeit gegeben, sich auf die Entschuldungsbriefe durch Verzicht auf die Einlösung oder Verbodardierung alsbald in erheblichem Umfang Vermittel zu beschaffen.

Auf dieser Grundlage kann mit Sicherheit darauf getreuet werden, daß die landwirtschaftliche Entschuldung im Offizielgebiet in dem angegebenen Zeitraum reibungslos durchgeführt wird.

Retrofuge des schlesischen Handwerks.

Der Schlesische Handwerkskammertag, die Vertretung der drei schlesischen Handwerkskammern in Oppeln, Breslau und Glognitz, beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Auswirkungen der Offiziel-Retrofugeordnung vom 17. November 1931 auf das Handwerk. Täglich drohen insbesondere dem ländlichen Handwerk Zwangsvollstreckung und Zwangsversteigerung, da es infolge der Abschaffung der Zahlungen seiner landwirtschaftlichen

Schuldner unverhältnißmäßig plötzlich in eine bedrückte Lage geraten und nicht imstande sei, seinerseits seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Gesamtverantwortung der schlesischen Landwirthe aus das schlesische Handwerk aus Werkverträgen wird auf sieben bis neun Millionen Mark geschätzt. — Die Handwerkskammern Oppeln, Breslau und Glognitz haben deshalb begründete Anträge an die Regierung und reichsweiten Stellen gestellt und fordern, daß eventuell im Vordringungswege Reichs- oder Industriebank oder eine andere Stelle sofort Garantie für alle Handwerksforderungen an solche Landwirthe übernimmt, die nach Entschid der Landstelle Sanierungsfähig sind, damit eine Diskontierung dieser nicht einwirkenden Aufhebungen ermöglicht wird. Jubilae an sich lebensfähige Handwerksbetriebe müßten zum Erliegen kommen, wenn es nicht gelänge, die schuldlosen Kredit in irgendeiner Weise, etwa durch Schaffung eines ausreichenden Volkskredits, wieder in den Kreislauf der Wirtschaft einzuführen.

Gläubigerführverbände.

Im Dommer wurde unter Mitwirkung aller interessierten Kreise der „Offiziel-Gläubigerklub E. W.“ Stettin, gegründet. Der Verband bezweckt den Zusammenhalt aller durch die Offizielgesetzgebung betroffenen Gläubiger, die Beratung in Fragen der Offizielgesetzgebung und die Vertretung ihrer Interessen in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere bei Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und durch Mitwirkung in Sicherungs- und Entschuldungsverfahren. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Stettin, Bors, Frauenstr. 3, III. — Für den Bereich der Provinz Brandenburg sind entsprechende Vertretungen im Gange.

Entschädigungswesen.

Verurteilung wegen Betrügereien gegenüber Verdrängten.

Der Bankier Albert Voennlein in Berlin wurde von Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Betruges für 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, 3000 M Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Voennlein, der ursprünglich Holzhändler war, botte 1929 in der Friedrich-Wilhelm-Straße in Berlin die Firma „Bankkommunikation Voennlein“ errichtet. Er kaufte und behiel vor allem Schuldverschreibungen. Das Geschäft ging so gut, daß er in einer Reihe deutlicher Städte Filialen errichtete. Voennlein veräußerte nicht nur ihm zum Verkauf übergebene Schuldverschreibungen, sondern auch solche, die ihm aus sich Sicherheit für gemöbte Verleihen übertragen worden waren, die er für sich verhandelte. Auf solche Weise ließ er eine ganze Anzahl von Gemälde und Fiktions-Schuldverschreibungen im erhebliche Beträge geschätzt werden. Der Fall sollte für die Unhofer von Schuldverschreibungen eine ernante Mahnung sein, mit der Hergabe solcher Vermögenswerte an unbekante Verleihen oder nicht genügend sichere Firmen recht vorichtig zu sein.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben 2.

das in den nächsten Tagen des mit der Vertragsabredung nicht über Gebühr im Hinblick befindlichen Ortsgruppen durch die Landesverbände jagt, enthält u. a. wichtige Mitteilungen über Verhandlungen der Offizielgesetzgebung und der übrigen Vertreter der großen Geschäftskreiseverbände mit dem Reichsfinanzministerium über die Frage der Verteilung von Reichs- und Landesausgaben, über die weitere Stillhaltung leitens der Banken und Sparkassen, die Schuldverschreibungen beilehen haben und gegebenenfalls über etwa notwendig werden. Umstände in solchen Fällen. Unsere Mitglieder erhalten über diese wichtigen Fragen in der nächsten Verammlung der für sie zuständigen Ortsgruppe nähere Mitteilungen. An Einzelpersonen werden Rundschreiben nicht abgegeben.

Mitglieder-Eingaben an die Bundesleitung

bitten wir, Betrü über die zuständigen Ortsgruppe unter Beifügung der Mitgliedsgebühren einzureichen, damit diese die Mitgliedschaft bestätigt, da die Bundesleitung nur Mitglieder mit Namen und Anschrift erteilt. Die Ortsgruppen werden sebeten, in solchen Fällen den in den Eingaben geschätzten Sachverhalt auch ihrerseits zu prüfen, notwendig nach weiter zu klären und, wenn sie, dem in der Frage links eine Gewährleistung beifügen. Wenn die Ortsgruppen ihrerseits solche Eingaben erklarlich erwidern können, ist die Bundesleitung natürlich dankbar, wenn es geschieht, da dies eine wesentliche Entlastung von Kleinarbeit für sie bedeutet, die in der jetzigen Notzeit sich außerordentlich häuft.

Der Ostbund hilft Dir!

Wiltst Du ihm helfen? Dann wirf Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“. Dadurch fördert Du wirklich unsere gemeinsame Sache

Aus der Bundesarbeit.

Verjammlungskalender.

Landesverband Berlin-Brandenburg. Die diesjährige Hauptversammlung wird wahrscheinlich am Sonnabend, 3. März, stattfinden. Näheres folgt noch durch besondere Einladung.

Ortsgruppe Driesen-Vordamm. Offizielanerkennung am Sonntag, 21. Februar, 14.30 Uhr, im Saale des Gesellschaftshauses unter Beteiligung der Jungfrau Schneidmühlens des Deutschen Ostbundes und der W. D. A. Gruppe Driesen. Vortrag Dr. Ernst Otto Ehle über „Deutschlands Zukunft liegt im Osten“.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Nord hielt am 18. Januar 1932 im Kriegervereinsklub, Chaussestr. 94, ihrer Monatsversammlung ab, zu der auch unser Ehrenmitglied, Herr Studiomater Dr. Vidtke, sowie der Leiter der Jugendstelle des Deutschen Ostbundes, Herr Dr. Ehle, erschienen waren. Der Vorsitzende, Herr Franz Schulz, begrüßte Mitglieder und Gäste, freilich die Geschäftsstelle des vergangenen Jahres, wobei er die besonderen Aufgaben des Deutschen Ostbundes in materieller und kultureller Hinsicht in den Vordergrund stellte, und forderte zur weiteren gemeinsamen Mitarbeit auf, damit der Ostbundesgedanke Gemeinut des gesamten deutschen Volkes werde. Herr Dr. Vidtke schilderte die Einleitens weiterer Kreise des deutschen Volkes zum Osten. Wie überaus interessanten Ausführungen ergaben ein erhebliches Bild von der Unkenntnis und Aferfelligkeit weiter Bevölkerungsschichten und legen uns die Verpflichtung zur Aufklärung auf, damit der Ostbundes nicht verabschlüssigt wird. Herr Kaufmann sprach über die Bedeutung aller deutlichen Ströme in einer Notzeit. Vom Vortrag Herr Dr. Ehle, der Vorsitzender der Jungfrauen des Deutschen Ostbundes, über „Reichsgründung und deutscher Osten“. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Wort Versailles, dessen wechsellöbliche Bedeutung für Deutschland der Redner entwirrte. Vom Reichsausschuss XIV. ausgehend, zeigte er die Verarmung deutlicher Sprache und Hilfe durch französische Einfluß, freilich die Rückgewinnung des Deutschostbundes durch die Kräfte des preussischen Offiziel, ging dann auf das Versailles des 18. Januar 1871 ein, das den äußeren Zusammenstoß wenigstens der meisten Teile Deutschlands brachte und dessen Kat auch nicht durch das Versailles von 1919 verliert werden konnte. Der Redner schloß mit der Würdigung der durch das letzte Versailles geschlossenen Verhältnisse, die nun überwunden werden können, wenn die im Volk vorhandenen gebunden Widerstandskräfte unter zielbewußter Leitung lebendig werden. Als Anerkennung für ihre wertvolle Tätigkeit im Interesse des Deutschen Ostbundes wurde durch Herrn Dr. Ehle die den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Schulz, sowie der Vertreter des Brandenburger im Deutschen Ostbund, Frau Langke, das Werk „Kampf um deutsches Ostland“ überreicht.

Ortsgruppe Marienb.-Spenhof. Der monatlichen Vorbereitung durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Kraus, ist es am 1. Januar, daß die Kundgebung für Oppenheim, die am 1. Februar in Weits Gesellschaftshaus stattfinden, in Berlin und Wirkung ein voller

Erfolg war. Der 1. Vorsitzende, Herr Studentrat Krüger, konnte mit der Unterstützung der Presse insbesondere die beiden Bundespräsidenten, die Herren Günzel und Geh. Rat Schmidt sowie die Vorsitzenden des Landesvereins Berlin-Brandenburg, Herrn Konrektor Vater, andere Herren vom Landesverbandsvorstand, von benachbarten Ortsgruppen und Damen vom Frauenbildungsbüro, ferner die Ehrenmitglieder Schriftsteller Paul Damer und Fritz Skomronnek. Mit besonderer Freude wurde der Bund der Offspringen (Ortsgruppe Empelshof des Reichsverbandes der heimatkundlichen Ost- und Westpreußen), der seinen Namen vornehmlich und zahlreichen Mitgliedern der Rundungsbahn willkommen geheißen, weil er durch seine Erfolge sowie durch die warmherzigen und mit starkem Beifall aufgenommenen Worte seines Vorsitzenden, des Herrn Rechtsanwalts Dr. Heymoldt, die enge Waffenbrüderschaft bekundete, die in der Arbeit an dem gemeinsamen Ziel, der Freiheit und dem Aufstieg des deutschen Ostens, selbstherrlich und ehrenvolle Pflicht aller Osterränder ist. Die Rundungsbahn stand unter dem Eindruck der tiefen Art, die über den Gesichts umhüllten Ostpreußen liegt. Der Redner folgte dem mahnenden, aufklärenden und begeisterten Worten der verschiedenen Redner mit lebendiger Anteilnahme, die das erste Mitteilen des harten Schicksals des deutschen „Jules“ in den Osten erkennen ließ. Nachdem Begünstigten des Landeshauptmanns von Ostpreußen und des Oberbürgermeisters von Königsberg vorlesen waren und im Namen des Fremdenrates Frau Rektor S e m r a n z einige Worte an die Versammlung gerichtet hatte, wurde die reichhaltige Vortragsfolge durch den gemeinsamen Gesang des Liedes von Balduin v. d. M. „Wenn sich ein rhesus Land“ eröffnet. Der Bundespräsident G j a n z hielt hierauf eine lebendige Ansprache, bei der er flammenden Protest gegen das Unrecht des Verfallens Gewaltbittendes erhob. Der Abend sei eine Rundungsbahn des Dankes in Erinnerung an die Leistungen Ostpreußen für das Reich, an den Beweis der Treue zum Deutschtum, den seine majestätische Bevölkerung im Jahre 1921 in einstimmiger Gesinnung abgelegt habe, und eine Rundungsbahn des Selbstbildes, das heute schon vorbestimmte Land nicht zu vergessen, ihn zu helfen in der Erkenntnis, daß Ostpreußen ist, daß Ostpreußen einer der unerschütterlichen Grundpfeiler des deutschen Wiederaufstieges ist. Die Worte des Redners waren eine flammende Aufruf gegen das unerhörte Unrecht des Korridors, der die Provinz vom Reichskörper trenne und der nicht etwa nur ein Stückchen Land im nördlichen Preussens sei, sondern sich von der Küste bis nach Oberhavel erstreckt. Daß, wenn Ostpreußen wirklich geholt werden sollte, dieser Korridor verschwinden müßte, wies der Redner in feinfühlerigen Ausführungen folgend nach. Daß er den mitreueren und überlegensten geistigen und politischen Führer habe, dessen Beifall, den ihm die Versammlung zollte. Anschließend führte das Ehrenmitglied der Ortsgruppe, der Schriftsteller Waldemar Damer in seinem mehr ins einzelne gehenden Vortrage „Das unendliche Ostpreußen“ aus, wie das Land durch deutsche Arbeit zu dem geworden ist, was es heute ist und was es den Polen so begehrenst macht. In großangelegtem geschichtlichen Überblick, der das Wesentliche in der Entwicklung der alten Preußen- und Ostpreußen-klor herausstellte, ließ er die lehrbuchartige Verfügung der deutschen Kultur vor den größten Augen der Zuhörer erleben. Und dann entrollte er ein Bild der Gefahr, der diese isolierte Insel gegenübersteht, die immer wieder durch polnische Übergriffe und Herausforderungen schlagartig bedroht werde und der nur mit Erfolg entgegengetreten werden könne, wenn das deutsche Volk wissend, daß hier ein geschichtliches Jozeln auf dem Spiele steht, sich zu einer durch seine Geschlossenheit unerschütterlichen Front zusammenfasse. Denn auf der anderen Seite, im politischen Lager, gebe es keine Trennungserfahrungen hinsichtlich der Ziele, die das Volk zu verfolgen habe. Es ist endlich an der Zeit, den Bund der Ostpreußen zu folgen haben. Das Ehrenmitglied der Ortsgruppe, Dr. Fritz Skomronnek, las aus einem Kriegshilfen ein Kapitel über die Entschuldigungsstücke des Handels- u. Bootes, „Deutschland“ und dann eine köstliche Probe ostpreußischer Humor, „Das Kribbeln im Hufe“, die beide mit Beifall angenommen wurden. Waldemar Damer las darauf das erste Kapitel seines neuen, noch unveröffentlichten Romans, „Die Schicksalsinsel“, der Rot und Kampf des ostpreußischen Mannes trefflich folgen habe. Die Versammlung dankte dem Dichter und Mitarbeiter mit starkem Beifall. Zum Schluß sprach der ostpreußische Sammler Paul Strejcek ununterbrochen Dichtungen von Reichertum zum Vortrag und gab damit dem Abend, der so viel von Kampf und Tot eines Grenzlandes gefeiert hatte, einen heiteren Ausklang. Wie sehr alle Teilnehmer an dem, was sie über das Schicksal Ostpreußens hier erfahren, inneren Anteil nahmen, mag daraus hervorgehen, daß sie allen Darbietungen, die erst nach Mitternacht im Ende gaben, zum Schluß aufmerksam folgten. Der Abend des Landesverbandes war ein voller Erfolg; zu empfangen jeder die Ehre des Vor-

sitzenden der Ortsgruppe, des Herrn Studentrats Krüger, die ihm mit der Unterstützung der fibernen Ehrenratel des Ostpreußen durch den Landesverbandsvorstand, Herrn Konrektor Vater, zuteil wurde, als wohlverdient.

Ortsgruppe Potsdam und Umgegend. Nach der Begünstigung der Anwesenden, Aufnahme neuer Mitglieder und Bekanntgabe offizieller Mitteilungen erhaltete in der Hauptversammlung der 1. Vorsitzende, Rektor Blum, den Hauptbericht über die politische und wirtschaftliche Lage mit besonderer Berücksichtigung der Stellung der Verhältnisse in der deutschen Ostmark. Er berichtete über das Verlangen der Ostpreußen und die Schwierigkeiten, die Minister Schlangenschniger bei seiner Reform der Ostpreußen in manchen Kreisen fanden, und wie sich durch die Bevorratung des Ostens ungenutzte Kraftvermögen benutzte. Er berichtete über die Bedeutung der Ostpreußen durch die Stürkung der Ostpreußen, vor allem durch eine gesunde Siedlung der Osten zu retten, sei, müsse der Volkswirtschaft durch die Arbeit der Ostpreußen immer mehr zum Bewußtsein gebracht werden. Um weiteren Beweis der Redner auf die Einbeziehung, die die kulturellen Belange des Ostens erfahren haben, wobei er besonders den Abbau der pädagogischen Anstalten, landwirtschaftlicher Berufsanstalten und kunstgewerblicher Akademien als schwerer Schicksal der Ostpreußen hervorhob. Redner ging weiter auf die Notlage anderer Volksteile in Polen und auf die Schädigung Danzigs durch Polen ein und sprach dann über die Grenzverleumdung. Wenn auch die Erkenntnis in der Welt im Wesentlichen begriffen sei, daß eine politische Verbindung Europas ohne die Rezipient anderer Ostpreußen unmöglich bleibt, so werde doch die Hauptkraft hierfür nur von unsrem in allen Schichten sich neu geeint zusammenschließenden Volk selbst geführt werden können. In diesem Kampf hätte die Ostpreußen die Verantwortung zu bilden, mehr die Arbeit des Ostpreußen als seine 500 Ortsgruppen, zusammengeführt in 23 Landesverbänden, die wesentlichen Grundzüge bieten. In umfassender Weise lorge der Ostpreußen was für die Verdrängung, die in der Entschuldigungsfrage, in den Fürsorgestellen, der Sterbekassen Einrichtung, in der Wohnungsangelegenheit und der Beamtenabteilung. Als besonders erforderlich dürfe die Siedlungsarbeit des Ostpreußen angesehen werden. Redner erwähnte ferner die Frauen- und Jugendarbeit im Bunde. Er forderte schließlich in eindringlichen Worten an die Ostpreußen, die Ostpreußen im Jahre 1921 unter rege Beteiligung der Mitglieder geleistet worden ist. Besonders hervorzuheben verdient hierbei die von der Ortsgruppe geleistete Kulturarbeit, wie sie in den Vorträgen und sonstigen Verdiensten der gut besuchten Mitgliederzusammenkünfte gesehen konnte. Auch ostpreußische Gesellschaft konnte aller Art der Zeit zum Trost bei räumigen abendlichen Veranstaltungen nach alter Weise gepflegt werden. Die gleiche Aufgabe ist auch für das laufende Vereinsjahr gestiftet worden. Nach der Entlassung des 1. Schmeitlers, dessen vorzügliche Kassenführung besonders lobend anerkannt wurde, erteilte die Versammlung durch einstimmige Wiederwahl des Gesamtverbandes den beteiligten Damen und Herren ein wohlverdientes, besonders Vertrauensvotum. Weiterhin gab auch in wohlthätiger Weise eine Ansprache des Ehrenmitgliedes der Ortsgruppe, Herrn Stadtrat Albert Hirsch, über den Ausdruck. Vor Schluß des offiziellen Teiles nahm der 1. Vorsitzende, Herr Rektor Blum, noch Gelegenheit, die Reichsangelegenheiten der Ostpreußen zu besprechen und seine hervorragende Tätigkeit für die deutsche Volkswirtschaft eingehend zu würdigen. Es folgte das Deutschlandlied.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ortsgruppe Wittenberg. In der am 16. Januar die Polier abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Hauptversammlung sprach Direktor Blum ein sehr schönes, begeistertes, von der Versammlung sehr beifällig aufgenommenes, mit deutliche Siedler auf dem Ruf der Polierherberge zum 12. Jahrestag an in das Land gekommen sind, im durch ihre Arbeit zur Mitte verholten haben und wie durch den vornehmlichen Sprach der Seindmänner zum Jahre 1920 ein erheblicher Teil Ostpreußens, das heutige Ostpreußen, den Polen zufließen ist, obwohl bei der Abflimmung weit über die Hälfte Stimmen (65 v. H.) für Deutschland abgegeben war. Damit ist Preußen der erheblichen Ergraben gewonnen. An zahlreichen Beispielen zeigte der Redner die Verderblichkeit dieser finsternen Verdrängung, die alle Gebiete des Wirtschaftslebens, Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr, gleichmäßig aus empfindlich getroffen hat. Auf die politischen Zustände Ostpreußens übergehend, entwarf Herr Braune erhellende Bilder von dem Kampfe der Polen gegen das Deutschtum. Es sei nach wie vor eine Hauptaufgabe aller Deutschen, das deutsche Volk auf Ostpreußen nicht überlassen zu lassen. Die Ostpreußen sind in Ostmark zu vertreten. Der Vortrag erntete lebhaften Beifall. Direktor Braune konnte nach einer von der Versammlung mit großer Freude angenommenen Rede von Pastor Böke - Wönsdorf über-

reichen, einen seltenen Druck des Briefes Outers an die Christen in Niederland, herausgegeben von Prof. von Winkel in Amsterdam, den Vater Wäke zum Danke für den so erfolgreichen, vom Wittenberger Oblande geleiteten Stämmen Abend geschildert hat. Dieser Brief ist infolgedessen bemerkenswert, als er zeigt, daß schon Luther auf seine Weise mit den Jansen in Verbindung zu treten suchte. Am geschäftlichsten war die herrschende Vandemanns-Bolsch ausführlich über die letzten Raubfahrten der Bundesleitung. Der vom Vorsitzenden, Vandemanns Buchmann, erstattete Jahresbericht stellte den erfreulichen Zugang von 22 neuen Mitgliedern fest und schloß mit den besten Wünschen für ein gutes neues Jahr. Das Ansehen des vorherigen Mitgliedes Paß wurde in üblicher Weise geehrt. Dem Kassensführer Ralendorf wurde der Dank ausgesprochen und Entlassung gegeben. An die Jahrgangsgemeinde fast verlebenden Vorstandsmänner wurden gemäß die Mandate von Paß als 2. Vorsitzender, Siedler als 1. Schriftführer (Wiederwahl), Finke als 1. Rechnungsführer, sowie als Beisitzer: Ruch, Buchholz, Karl Eulke, Fritz Eulke, Fische, Monken und Wahn. Um Anstoß an die Jugendgruppe, die sich ebenfalls fast entwickelt hat, ist eine Mädchenabteilung in der Bildung begriffen, deren Leitung Frau Broffert übernommen hat.

Vanderverband Hannover-Braunschw.

Die Ortsgruppe Goslar hielt am 12. Januar unter Vorsitz des Herrn Kassenspektors Rappmann ihre gutbesuchte Jahresversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung Herrn Oberjensehmer i. R. W. Brand anlässlich seines 80. Geburtstages. Nach Verlesung des Geschäftsberichtes erstattete Herr Reichsbahnreferent Rabel den Kassensbericht. Die Herren Kassensprüfer W. Brand und F. Aube gaben abdem das Ergebnis über die Prüfung der Kassenscheine bekannt. Dem Schatzmeister Ebel wurde herzlich dankend für seine außerordentlich gewissenhafte Kassensführung allerseitiger Dank ausgesprochen. Die Jahrgangsgemeinde abscheidenden Vorstandsmitglieder, Fräulein V. P. als Schriftführerin und Herr Ebel als Kassensführer wurden einstimmig wiedergewählt. U. a. wurde beschlossen, ab 1. Januar d. J. den monatlichen Vereinsbeitrag von 60 Pf. auf 50 Pf. zu ermäßigen und das löstjährige Verbleiben der Ortsgruppe mit der im Mai d. J. hier stattfindenden Vanderverbandsagung zu einer Veranlassung zu vereinen.

Vanderverband Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Wefel. Im verflochtenen Jahre haben eine Jahreshauptversammlungs, 9 Sitzungen sowie eine Jahreshauptversammlung und 9 Monatsversammlungen stattgefunden, in denen immer wieder der Wille zur Grenzrevision und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit

mit dem Bundespräsidium zum Ausdruck kamen. An größeren Veranstaltungen fanden die 10-Jahres-Feier und die Weihnachtsfeier mit Kinderbesprechung statt. Insehrer Jahre nahm an der 10-Jahres-Feier der Ortsgruppe Glöckchen am 25. Januar 1931 sowie in Wefel am Volkstrauertage und Verfassungstage in der lästlichen Mellesballe teil. In Mellesballe konnte die Grenzarbeit mit Bestrengnis überreicht werden; 2 Mitglieder erhielten die Ehrenurkunde für gute Arbeit in der Ortsgruppe. Die Kenntnis des Verfalles bei der Jahreshauptversammlung am 10. Januar 1932 ergab folgende Resultat: 1. Vorf. Otto Bigalke, Wörnermagazin 33 (an den alle Jaldschriften zu richten sind); 2. Vorf. Adolf D. r. a. g., Heuberg 10; 1. Schriftf. Wilhelm Buga, E. Planlage 16; 1. Kassensführer Friedrich Falkenberg, Heuberg 10; 2. Schriftf. Max Süßbke, Heuberg 10; Beisitzer Direktor der Handelskammer Kaufmann Wilhelm Dombrowski.

Vanderverband Westfalen.

Ortsgruppe Vinnen. Am 17. Januar fand im Saale des „Südwesters“ die Generalversammlung statt. Nach dem Jahresbericht erfolgte die Prüfung der Kasse. Die Kassieren beantragten die Entlassung des Kassierers. An der Vorstandswahl wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt. An die Stelle des 1. Schriftführers tritt Vandemanns Paß, des 2. Schriftführers als Candemann Paß. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kulturabteilung an die Württembergische Jugendabteilung zwei wertvolle Bücher, die Ortsgruppe Wanne-Eickel 137 Bände und Bändchen überliefern habe. Die Spenden bilden den Grundstock einer eigenen Bücherei. Die Beiträge wurden für das kommende Jahr dahin geregelt, daß Ernsterbeile und Witwen 0,30 M. die vollzahlenden 0,60 M. zahlen werden. Vandemann Paß wurde für die treue und langjährige Mitarbeit im Oblande die Ehrenurkunde des Deutschen Ostlandes ebenfalls überreicht. In seinem Vortrag „Siedlung“ zeigte der Verammlungsleiter Mittel und Wege, wie den erwerbslosen Konsumenten Arbeit und Brot durch die Beschaffung der erwerbslosen Flächen geschafft werden könne. Der Redner forderte die Versammlung auf, konfessionelle sowohl als auch parteipolitische Gegensätze zum Wohle des Staates zu überbrücken, um durch die Einmütigkeit der Regierung die schmerzlichen Verbandslungen in den zu erleichtern. Durch die Vandemwegbewegung soll das Bewußtsein im Osten gefördert werden. Dadurch streben mit die Befreiung der Heimat und des Vaterlandes, indem sie insoweit die den polenkonationalen Staat eintritt. Die Versammlung nahm darauf eine Entschlossenung an, in der bei der Reichsregierung um schnelle Schaffung von Siedlungsmöglichkeiten im Sinne der Vandemwegbewegung nachgehelt wird. Ein gemeinsames Wohlwollen mit der Jugend schloß die schöne Veranstaltung.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Regierungs-Bezirkspräsident Dr. Hans Gebrcke i.

Am 13. Lebensjahre, Schweren Leiden starb am 8. Februar zu Kollm im 63. Lebensjahre der Regierungs-Bezirkspräsident Dr. jur. Hans Gebrcke, Ritter des Eisernen Kreuzes zweiter und erster Klasse, Hauptm. d. Res. des ehem. Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (i. Pomme.) Nr. 2. Der Verlebte wurde im Jahre 1869 als Sohn des Oberprezidenten Gebrcke in Stettin geboren. Nach heimatlichem Schulbesuch studierte er an den Universitäten Heidelberg, Berlin, Gießen und Breslau Jurisprudenz, wurde 1925 Gerichtsreferendar am Oberlandesgericht in Stettin und ging dann in den Staatsdienst über. Nach bestandenen Staatsexamen war er von 1900 bis 1905 in Stettin und Stargard i. P. als Gerichtsassessor und im Anschluß daran als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Braunsberg tätig. 1908 wurde er ernannt in die Staatsverwaltung übernommen und war nachherdem bei dem Oberprezidenten D. J. und nach als Dirigent der förmlichen Abteilung der Hauptstation des förmlichen Bundespostamtes in München i. B. und Gumbinnen als Regierungsrat tätig. Am 1. März 1920 wurde er zum Regierungs-Bezirkspräsidenten in Gumbinnen ernannt, 1924 kam er in gleicher Eigenschaft nach Oppeln und am 1. März 1927 an die Regierung in Kollm. Im Weltkrieg wurde er in der Schlacht bei Cammerberg schwer verwundet. Seiner ostmärkischen Heimat war er bis an sein Ende in Liebe und Treue verbunden, was u. a. auch durch seine Mitgliedschaft beim Oblande sichtbar zum Ausdruck kam.

Geheimrat Professor Dr. Schmopp gestorben.

Am 9. Februar starb der Ehrenbürger der Stadt Eberswalde, Geheimrat Professor Dr. S. Schmopp, im 81. Lebensjahre. Geheimrat Schmopp, eine Leuchte der förmlichen Wissenschaft und sehr verdient als die Stadt Eberswalde, erhielt im Oktober 1886 einen Ruf als Professor der Förmlichwissenschaft an die damalige Ostfakademie Eberswalde und nach als Dirigent der förmlichen Abteilung der Hauptstation des förmlichen Bundespostamtes in München i. B. und Gumbinnen als Regierungsrat tätig. Am 1. März 1920 wurde er nach Einführung der Altersgrenze von seinen amtlichen Verpflichtungen befreit. Geheimrat Schmopp ist Inhaber einer großen Zahl in- und ausländischer Orden sowie zahlreicher Ehrentitel. Er war u. a. Ehrenmitglied der Gesellschaft amerikanischer Fortkaste in Wolding on, auswärtiges Mitglied der schweidischen Gesellschaft für Förmlichwissenschaft, Ehrenmitglied des Fortkorps und Ehrenprofessor am Förmlichinstitut in Veningrad u. a. m. Fast 46 Jahre lang war er außer-

dem in jährlichen förmlichen Ehrenämtern in Eberswalde tätig. 21 Jahre hat er das verantwortungsvolle Dejmern der Stadtfort und der Fortkornverwaltung geführt. Seine Verdienste um die Stadt erkannte der Magistrat im November 1928 durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an.

Referent von Eisenhardt-Rothe f.

Durch Sturz aus einem fallenden Autobus kam am 9. Februar der Referent von Eisenhardt-Rothe in Berlin-Viertheide ums Leben, ein Sohn des bekannten Generals von Eisenhardt-Rothe, der während des Weltkrieges dem Hauptquartier Ober-Ost angehörte und als solcher ein wichtiger Mitarbeiter Hindenburgs war. Der Verlebte war ein Kasse des letzten deutschen Oberprezidenten der Provinz Posen. Die Teilnahme an dem schweren Schicksalschlag, der die Familie des Generals von Eisenhardt-Rothe betroffen hat, ist um so größer, als zwei seiner Söhne während des Weltkrieges gefallen sind und ein weiterer Sohn ebenfalls durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist.

Durch einen schweren Unfall ums Leben gekommen

ist kürzlich in Berlin eine junge Ostmärkin, die Tochter des Bauernkulturschreibers E. B., der früher in Potsdam ein Baugeschäft und Sängerkonzert befeh und jetzt in Bromberg lebt. Die junge Dame, die in der jüngst in Jahrgangswürdigkeiten gehaltenen Evangelischen Volksbank in Berlin eine Vertrauensstellung befeh, warnte am Schloßplatz an der Antobus-Haltestelle, als plötzlich eine Autodrohke, deren Chauffeur die Gewalt über die Steuerung verloren hatte, den Haltestellen unfehr. Das Unglück ereignete sich so schnell, daß Fr. St. nicht mehr ausweichen konnte und von dem umherfliehenden Eisenmassen erschlagen wurde.

Bermählt: Julioberssekretär Heinz Reumann, Bergan auf Rügen mit Fritz D. K. Cobs, am 27. 12. 31 (R. ist Sohn des Rechnungsrats Gustav Reumann und seiner Ehefrau Wally, geb. Hütrich, Raumburg a. N., Raumborfer 18); Dr. jur. Ernst Dietrich S. Schmidt aus Oelsbelle, Bez. Posen, mit Walburga von Schönberg, Dresden.

Belebte Ostmärkin: Frau Elise Mühl, geb. Wöhr, in Reukölln, Jöhler, 28. früher Kranzholz, am 14. 2. 60 J. (langjähriges Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Süd); Lehrer i. K. Johann Müller, Berlin R., Wollner Str. 46, früher in Vindeuben, R. Station, am

26. 2. 89 J.; Frau Job. König, Ehefrau des Kaufmanns Gustav König, Köpcke, Wiegandstr. 5, früher Bromberg, am 20. 2. 70 J.; Georg Knebel in Eisleben, Wilhelm-Deinet-Str. 2, früher Wolfen, am 15. 2. 85 J., und Helene Ehefrau Maria, geb. Bruchke, am 18. 3. 80 J.; Frau Bertha Ebel, Ehefrau des Scharenbühlers Friedr. Frankfort a. O., Schmalstraße, am 6. 2. 70 J.; der frühere Mühlenselbster Edward Barth, jetzt bei seinem Schwiegereltern Aug. Witz in Frankfurt a. O., Wilmannstr. 4, am 10. 2. 83 J.; August Draukow in Frankfurt a. O. am 14. 2. 70 J.; Friedrich Gollnik in Frankfurt a. O. am 21. 2. 70 J.; Wohnungsrat Paul Bunzel in Berlin-Charlottenburg, Reichstr. 105, am 14. 2. 70 J. (19), war von 1895-1919 jeden Samstag bei den Candor-Versteigerungen, später beim Oberversteigerungsaussch. tätig, über ein Jahrzehnt war er Schriftführer des Potsdamer Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit und fast zwei Jahrzehnte Vorstands des Potsdamer Vereins ehemaliger Schüler der Militär-Kadetten-Erziehungsanstalt zu Schloss Arnburg. Des. Halle; Frau Bertha Vianig, geb. Spitzer, Ehefrau des jetzigen Rentiers August V. in Bunslow, Schützenstr. 1, früher Dargomitzingen, Kr. Gießen, am 16. 2. 70 J.; Witwe Henriette Krorz in Rottorf, Mühlendamm 19, früher Posen, Silberzei 15, am 1. 2. 88 J.; Frau K. war über 14 Jahre Leiterin der Potsdamer Krankenkasse und erhielt in Anerkennung ihrer treuen Dienste von der damaligen Kaiserin die goldene Medaille; Frau Emilie Stehner in Raminsker Hausland, Kr. Oornick, am 14. 2. 76 J. (für Sohn, Kaufmann Albert St., Berlin N 24, Kl. Hamburger Str. 5, ist ein treues Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost).

Ge storben: Hugo Crustaedt, bis 1903 Administrator auf dem Rittergut Marienberg, Kr. Posen-West, in Breslau am 23. 1. 79 J.; Wassermeister L. R. Ludwig Adolf Bach in Fretzdorf b. Berlin, früher Gießen, am 3. 2. 74 J.; Baumleiter Ernst Sander in Berlin-Hellersdorf, früher in Götze und Wronke, am 27. 1. 67 J.; Frau Dorothea in Spahnsee b. Stettin, früher Großbeeren, am 21. 1. 80 J.; die langjährige Leiterin der deutschen Privatstule in Magdeburg, Dorothea Sch. Dogmar Schubert, am 18. 12. 31, 41 J. (für. Sch. hat 22 Jahre an der dortigen Schule gewirkt. Sie wurde nach Frankfurt a. O. übergeführt und auf dem Waldfriedhof beigesetzt); Postsekretär a. D. Gustav Puhmann, früher Postverwalter in Prag, Kr. Aonik, seit 1908 im Ruhestand in Bromberg, zuerst in Berlin-Hauskühl, später in Götze und Wronke, am 28. 1. 80 J.; Verbandsleiter Verthold Schöppe in Posen (Mitglied des deutschen Bauernvereins) am 7. 2. 61 J.; Frau Julie Marcks, geb. Caro, aus Posen, im Poggenheim Berlin-Nichtersdorf am 5. 2. 85 J.; Kunstmaler und akademischer Zeichenlehrer Robert Siebel in Frankfurt a. O. am 3. 2. 68 J.; Bankier Albert Schlimm, Königsberg i. Pr. (langjähriger griechischer Generalkonsul), am 6. 2. 62 J.; Regiments-Oberinspektor i. R. Wohnungsrat Johannes Dollmar in Frankfurt a. O. am 4. 2.; Söchterin Auguste Metz, geb. Juhl, in Vogau b. Frankfurt a. O. am 3. 2. 68 J.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen, mittlere Ostmark, Pommern und Schlesien.

Driesen An. Seit längerer Zeit haben drei polnische Raubnörder das Grenzgebiet unheimlich gemacht. Die polnischen Banditen haben zahlreiche Raubüberfälle begangen und u. a. bei Stettin einen Oberlandwälder erschossen. Zwei dieser Polen konnten schon vor kurzem verhaftet werden. Jetzt wurde auch der Haupttäter, der Schmitter Waleraty Frankowski aus Samter, gefasst. Frankowski, der bei Reutich über die Grenze geflüchtet war und auch in Posen einen Grenzriminanten erschossen hatte und deshalb seitwärts gejagt wurde, wurde in Wronke von der südlichen Polizei erwischt. In seinem Besitz befanden sich zwei Arzeneipflöden. Frankowski wurde

nach Samter transportiert. Er wird von Polen nicht ausgeliefert werden, sondern in Posen auch für das in Deutschland begangene Verbrechen abgeurteilt werden. Das bedeutet, daß er zum Tode verurteilt und hingerichtet wird. Marzochelle und Piotrowski werden in Deutschland, und zwar in Stettin, abgeurteilt werden. Sie berufen sich darauf, daß Frankowski stets gefolgt habe und sie nur Beihilfe bei den Verbrechen geleistet hätten.

Frankfurt a. d. O. In der dem Märkischen Elektrizitäts-Werk (M. E. W.) gehörenden Braunkohlengrube Sinkenbergr fieren am 9. Februar im Tiefbau Margarete zwei Bergleute einem tödlichen Unfall zum Opfer. Der Säuer Emil Planzer aus Pöblich, Kreis Guben, der verheiratet ist und ein Kind hat, und sein lediger Bruder, Fritz Schöffler aus Unterindow, wurden durch hereinbrechende Sandmassen plötzlich verhängt. Die Arbeiten zur Bergung der tödlich Verunglückten wurden sofort im Pöblich des preussischen Bergbauinspektorates aufgenommen. Die Leichen waren bis zum Abend noch nicht geborgen.

Eichsfeld. Der Personenerkehr auf der Rheinbahn Eichsfeld-Dürrlattel soll aus Gründen der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage mit dem 15. Februar eingestellt werden. Der Gütererkehr soll vorläufig weiter aufrechterhalten werden. Ursprünglich soll sogar die gesamte Stilllegung des Betriebes auf der Rheinbahnstrecke beschlossen worden sein, ein Verhäng, der die Wirtschaft in der Stadt Eichsfeld schwer treffen müßte. Im Interesse des Eichsfeldeler Kohlenbauwesens hat man mit diesem Verhäng ab und abstand genommen. Eratz schwerer Bedenken will man im wirtschaftlichen Interesse Eichsfeldens in Gütererkehr vorläufig weiter aufrechterhalten.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Polen. Im benachbarten Solafsch erstschah am 18. Januar der 35jährige Polen Piotrowski seinen Schwager, Josef Jertzkomski, mit dem er seit langem in Feindschaft lebte, als beide sich auf der Straße zufällig begegneten. P. behauptet, daß sein Schwager ihn verfolgt und mit dem Tode bedroht habe. Ob das richtig ist, läßt dahin. — Seit Anfang Dezember wurde vor dem hiesigen Militärgericht gegen fünf polnische Offiziere wegen des hiesigen Unterfahlangens, begangen im Zusammenhang mit dem Rauf und Verkauf von Militärgütern verhandelt. Oberleutnant Sojanski, der Hauptangeklagte, wurde zu 3 Jahren Gefängnis bzw. Haftstrafe und 2000 Lotz Geldstrafe, Oberleutnant Komowski zu 6 Monaten Gefängnis, beide außerdem zur Ausstoßung aus dem Heere, Rittmeister Janusz Rapusinski zum 15. Monat-Regiment zu drei Wochen Haft, Rittmeister Fabozzki und Major Meißner befreit nicht wegen gebillicher, sondern wegen sonstiger Unregelmäßigkeiten) zu je einer Woche Stubenarrest in der eigenen Wohnung verurteilt.

Aus Westpreußen.

Konik. Vor 50 Jahren wurde hier der Deutsche Turnverein gegründet, der noch heute unter dem Namen „Verein für Leibesübungen 1842 (e. V.)“ weiter seine lehrreiche Tätigkeit entfaltet. Am 7. Februar konnte der Verein in den Räumen des Hotels Engel sein 50. Stiftungsfest merrlich begehen. Der groß, prächtig geschmückte Saal vernehnte die große Zahl der Gäste kaum zu fassen. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Jelskow sprachen die Vertreter der Vereine aus Pöblich, Gempelburg, Cappel, Granden; und Schlochau ihre Glückwünsche aus.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Die Ostmärkische Frau“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Stellung nicht übernommen werden.

Schluss der Inseraten-Aufnahme jeweils Mittwags 12 Uhr für die nächstfolgende Nummer.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 5. Februar 1932 beschloß die

Auflösung der Genossenschaft

Zu Liquidatoren sind die Herren Oberpostsekretär a. D. Paul Schilla in Dresden A 16, Rentelstraße 24, und Kaufmann Emil Bauffen in Dresden A 24, Hülfenstraße 22, bestellt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Genossenschaft, Rentelstraße 34, baldigst anzumelden.

Spar- und Darlehenskasse des Deutschen Ostbundes im Freistaat Sachsen. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Dresden in Liquidation.

Gez. Schilla

Gez. Bauffen

Ein sanfter Tod erlöste am 27. Januar 1932 meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwieger- und Großvater

Ernst Sander

im 67. Lebensjahr von seinem nahezu 21jährigen Söhnlein.

In tiefer Trauer

Wih. Sander, geb. Schwarz, und Kinder.

Berlin-Hessenswinkel, Waldstraße 89.

Früher: Wronke/Zitzke.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ als Verlustesgewinn

Veränderte Ortsgruppen haben zur Hebung des Wohlwunders Ostpreussischer Heimatlebender 1932 einen Weg gefunden, der allgemeine Nachahmung verdient: die Bestellung. Der Anreiz, Tombola Lose zu kaufen, wird ganz gewiß erhöht werden, wenn sich unter den Gewinnen jeweils einige Exemplare des „Ostdeutschen Heimatkalenders“ befinden, den die Preise als eine Kulturtat bezeichnen hat. Bestellungen sind zu richten an Deutscher Ostbund, Kulturbteilung, Wm. Charlottenburg 2.

